

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt, Verbraucher- und Klimaschutz

9. Sitzung
16. Juni 2022

Beginn: 09.00 Uhr
Schluss: 12.16 Uhr
Vorsitz: Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
European Green Deal – Chancen und Herausforderungen für Berlin
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0013](#)
UVK

Hierzu: Anhörung

Möchte die CDU die Begründung einbringen? – Ja! Bitte schön, Herr Freymark!

Danny Freymark (CDU): Guten Morgen in die Runde! Ich freue mich sehr, dass wir heute so ein spannendes Thema mit so kompetenten Anzuhörenden miteinander diskutieren dürfen. Darauf freue ich mich. Ich kann schon einmal ankündigen, dass die CDU-Fraktion nicht gewillt ist, mit den anderen Oppositionsfraktionen die Mehrheit nutzbar zu machen, die wir aktuell im Raum haben. Ich finde es schon bedauerlich, dass wir noch nicht komplett sind, aber ich vermute mal, das geht jetzt ganz schnell.

Warum haben wir in Abstimmung mit der Koalition den Punkt auf die Tagesordnung gesetzt? – Wir haben das Ziel, den European Green Deal für die Berlinerinnen und Berliner noch fassbarer zu machen. Es ist ein unfassbar großes Investitionsprogramm mit über 100 Milliarden Euro für die nächsten Jahre – für Europa, für den ökologischen Umbau der Wirtschaft, aber auch dafür, die Regionen zu entlasten, die es in dem Bereich etwas schwerer haben. Ich glaube, dass Teile von Berlin dazugehören, insbesondere, wenn man Berlin-Brandenburg als größeren Raum denkt. Deswegen habe ich eine Bitte an die Anzuhörenden, aber auch an den Senat: Lassen Sie uns schauen, wie wir den European Green Deal so konkret und nahbar wie möglich für die Berlinerinnen und Berliner und unsere Wirtschaft machen. Lassen Sie keinen Cent auf dieser Ebene liegen, der in Berlin landen könnte. – So viel zum Einstieg, und ich freue mich auf die Debatte. Herzlichen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Freymark! – Senatsseitig ist uns zu diesem Tagesordnungspunkt Herr Dr. Volker Löwe zugeschaltet. Vor Ort ist Frau Linda Bartsch von der Senatsverwaltung anwesend. – Ihnen auch ein herzliches Willkommen! Ich darf feststellen, dass auch Sie mit der Live-Übertragung der Sitzung einverstanden sind. – Ich sehe Kopfnicken. Danke! Ich gehe außerdem davon aus, dass ein Wortprotokoll angefertigt werden soll. – Da sehe ich auch Kopfnicken. Gibt es vonseiten der Koalitionsfraktionen Bedarf zur Begründung des Besprechungsbedarfs? – Das sehe ich nicht. Ist vonseiten des Senats eine Stellungnahme erwünscht? – Ja, das ist der Fall. Frau Dr. Karcher!

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK): Nur ganz kurz, um den Anzuhörenden keine Zeit wegzunehmen! Ich freue mich wirklich sehr, dass dieser Tagesordnungspunkt heute hier behandelt wird. Sie wissen, ich komme aus der Europapolitik, und von daher finde ich es sehr schön, dass der europäische Grüne Deal, der die Nachhaltigkeits- und Wachstumsstrategie der EU ist, hier behandelt wird. Ich finde, er passt auch gut zur Berliner Politik, die sich an denselben Nachhaltigkeitsforderungen wie der grüne Deal orientiert und ebenso versucht, eine Gesamtstrategie zu haben, die alle Bereiche von der Luftreinhaltung über die Ernährung, zum Klimaschutz etc. abdeckt.

Wir werden auch den Punkt Finanzierung – den hatten Sie genannt – stärken. Wir haben ein starkes Finanzierungsprogramm – dazu kann Frau Schultz-Hüskes später mehr sagen –, wo wir die europäischen Mittel für den Umwelt- und Klimaschutz hier in Berlin nutzen. Wir wollen die Akquise-Seite an dieser Stelle verstärken, dafür gibt es auch eine neue Stelle im Haushalt. Von daher sind wir zuversichtlich, dass wir keinen Euro, den wir ausgeben können, werden liegenlassen müssen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Dr. Karcher! – Dann kommen wir jetzt zur Anhörung. Ich möchte nun den Anzuhörenden das Wort geben und Sie bitten, Ihre Stellungnahme nach Möglichkeit auf fünf Minuten zu beschränken, damit im Anschluss die Möglichkeit besteht, die Fragen der Abgeordneten zu beantworten. Ich würde sagen, dass wir es nach der Reihenfolge handhaben – Frau Bentele, dann Herr Mund, dann Herr Thürmer. – Frau Bentele, Sie haben das Wort!

Hildegard Bentele (MdEP) [zugeschaltet]: Ganz herzliche Grüße aus Brüssel, auch an Sie, Herr Altuğ, als früheren Kollegen! – Ich freue mich sehr, dass ich mal wieder im Abgeordnetenhaus dabei sein darf, allerdings in einer neuen Funktion – nicht mehr als Bildungspolitikerin, sondern als Mitglied des Umweltausschusses. Es hat sich seit 2019 sehr viel getan, vor-

neweg der Green Deal, den die Europäische Kommission am 11. Dezember 2019 vorgestellt hat. Das war eine politische Verpflichtung dahingehend, eine Transformation auf den Weg zu bringen, die aber auch beinhaltet, dass unsere Unternehmen bei dieser Transformation innovativ und ganz vorne dran sind, also auch entsprechende Umwelttechnologien auf den Weg bringen. Sie stand aber vor allem auch unter dem Zeichen, dass wir als Europäische Union auf den Klimakonferenzen unseren nationalen Beitrag melden wollten. Da ging es in erster Linie darum, dass wir unsere Ziele nachschärfen mussten. Damals hatten wir noch das Ziel minus 40 Prozent bis 2030. Es hat sich aufgrund der neuen IPCC-Berichte herausgestellt, dass das zu niedrig war, sodass klar war, dass wir unsere Klimaziele verschärfen mussten. Die erste Grundlage des europäischen Green Deals ist ein verbindliches, europäisches Klimagesetz, das wir 2020 und 2021 beraten haben und das seit 2021 in Kraft ist. Das besagt, dass wir europaweit bis 2030 minus 55 Prozent CO₂-Emissionen schaffen müssen und dass wir uns das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 rechtsverbindlich vorgenommen haben.

Was hat die Kommission gemacht? – Sie hat dieses Ziel auf die verschiedenen Sektoren heruntergebrochen, die es alle zu reformieren gilt, und hat dann bei der Energie, beim Transport, bei den Gebäuden, bei der Landwirtschaft usw. angefangen. Dieses Gesetzespaket, das daraus resultierte und das gerade bei uns im Europäischen Parlament auf der Agenda steht, ist dieses berühmte Fit-for-55-Gesetzespaket. Da werden eine ganze Reihe von Richtlinien und Verordnungen verschärft, um es der EU als Ganzes zu ermöglichen, diese Ziele zu erreichen.

Es geht nicht nur um Ziele, es geht eben auch um die Maßnahmen dorthin. Die Europäische Union hat sich ein Instrument vorgenommen, um diese Vorgaben zu erreichen, das wir schon aus Deutschland kennen; das ist das EU-Emissionshandelssystem. Das gibt es in der Europäischen Union schon für den Bereich Industrie. Dieses Emissionshandelssystem soll, weil es sehr gut funktioniert hat, weil wir mit diesem Instrument die Emissionen bei der Stromerzeugung in der Industrie in den letzten 16 Jahren um 42 Prozent senken konnten, weitere Sektoren in den Emissionshandel miteinbeziehen. Das werden der Verkehr und die Gebäude sein. Wir werden auch den Luftverkehr, der bisher kostenlose Emissionszertifikate hatte, schrittweise in den Emissionshandel integrieren. Sie sehen, das ist eine sehr wichtige Frage, die wir im letzten Plenum beschlossen haben. Es ist sehr wichtig, dass wir den Emissionshandel richtig aufsetzen, dass wir den richtigen Anfangspreis definieren und dass wir die entsprechenden Reduktionspfade, wo wir die Menge der Emissionszertifikate verringern, gut gestalten, damit es nicht zu einer großen Belastung für die Unternehmen und die Privatpersonen kommt.

Zu dem Emissionshandelssystem kommt noch ein anderes Instrument dazu, das ist der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus. Wir wollen nicht, dass unsere Industrie schlechter gestellt ist als die Industrie außerhalb Europas. Wenn wir uns ehrgeizige Klimaziele geben, z. B. für den Stahlbereich, dann ist es nicht fair, wenn aus dem EU-Ausland viel günstiger produzierter Stahl importiert wird, der den CO₂-Reduktionsmaßgaben nicht folgen muss. Deshalb reden wir darüber, ob wir an der Außengrenze eine Art CO₂-Steuer für die Produkte, die nicht unseren Vorgaben entsprechen, einführen, um unsere europäische Industrie zu schützen. Das ist das zweite wichtige Instrument, über das wir gerade sprechen, damit es nicht zu einer Deindustrialisierung, sondern zu einer Dekarbonisierung kommt, die wir ja wollen.

Dann kommen wir zu dem wichtigsten Bereich, dem Energiebereich, wo 75 Prozent der CO₂-Emissionen entstehen. Dafür gibt es zwei Richtlinien, von denen Sie bestimmt schon einmal gehört haben. Das ist die Richtlinie über die erneuerbaren Energien; da wurde das Ziel auf

40 Prozent erhöht. Wir stehen momentan bei den Zahlen von 2019 bei 20 Prozent Anteil der erneuerbaren Energien in der Europäischen Union. Da sehen Sie schon, wie ambitioniert das ist, von ungefähr 20 auf 40 Prozent EU-weit zu kommen. Dafür gibt es für die verschiedenen Sektoren Vorgaben, wie viel Prozent erneuerbare Energien beispielsweise im Verkehr, bei der Heizung und bei der Kühlung, bei Gebäuden und bei der Industrie, kommen muss.

Es gibt eine zweite sehr wichtige Richtlinie, über die habe ich schon mit den Senatsvertretern von Berlin gesprochen, weil ich die persönlich mitverantworte. Das ist die Energieeffizienzrichtlinie. Die wird Berlin stark treffen, denn auch dort hat man sich ein ehrgeizigeres Ziel gesetzt, was eine Verdoppelung der Einsparung der Energie bis 2030 vorsieht und vor allem eine Renovierungsverpflichtung für den öffentlichen Sektor. Da sollen pro Jahr 3 Prozent des Gebäudebestands renoviert werden. Ich glaube, das ist eine Verpflichtung, die in Berlin stark ankommen wird, die aber auch sehr viele Chancen für das Handwerk und entsprechende Projekte und Aufträge bietet.

Wenn man in den Verkehrsbereich weitergeht, ist eine weitere Verordnung – die Sie auch schon gehört haben – die Verordnung zum Aus des Verbrenners. Da geht es um strengere Emissionsnormen für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge. Da ist die Vorgabe, dass bis 2035 nur noch Fahrzeuge zugelassen werden sollen, die zu 100 Prozent emissionsarm sind. Da muss ich zugeben, das ist nicht ganz die Position von mir und von einigen Kollegen, aber da hat die Mehrheit des Europäischen Parlaments zumindest den Standpunkt gefasst und war im Einklang mit der Europäischen Kommission, dass wir ab 2035 – das heißt es ganz konkret – nur noch Elektroautos in der Europäischen Kommission zulassen wollen. Hierzu muss sich auch noch der Europäische Rat positionieren.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Frau Bentele! Entschuldigung, ich will Sie ungern unterbrechen, aber Sie sind jetzt bei circa sechs Minuten.

Hildegard Bentele (MdEP) [zugeschaltet]: Alles klar, dann mache ich nur noch zwei Sachen zum Verkehr, weil das für Berlin, glaube ich, interessant ist. – Noch einmal zum Luftverkehr: Da geht es darum, dass wir auch im Luftverkehr anfangen, nachhaltige Kraftstoffe dazuzumischen. Das wird auch für den BER von Bedeutung sein, dass man die Infrastruktur vorhält. Das Gleiche gilt auch für Schiffe, dass man auch hier anfängt, entsprechende nachhaltige Treibstoffe, auch Elektrizität und Wasserstoff, reinzugeben. Das vielleicht als kleiner Ausschnitt aus den ganzen Themen, die wir gerade besprechen, und aus den ganz konkreten Zahlen und Vorgaben, die wir auf der europäischen Ebene den Mitgliedsstaaten und dann in der Folge den Ländern vorgeben. – Danke!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Vielen Dank, Frau Bentele! – Jetzt hat Herr Mund das Wort.

Moritz Mund (Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – BDEW –): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Damen und Herren! Es freut mich sehr, heute hier zu sein! Eigentlich sitze ich wie Frau Bentele in Brüssel, aber da ich zufällig sowieso in Berlin war, freue ich mich, persönlich hier zu sein, auch mal die andere Perspektive kennenzulernen. Ich glaube, dass es richtig ist, dass die EU die Ziele setzt, auch die grundlegenden Rahmenbedingungen festlegt, aber die tatsächliche Umsetzung der Energiewende passiert vor allem lo-

kal vor Ort. Daher finde ich es auch wichtig, dass man sich gerade dort mit dem Thema auseinandersetzt.

Ich will in einigen Aspekten ein bisschen das, was Frau Bentele schon als Überblick gegeben hat, aus Sicht der Energie- und Wasserwirtschaft, insbesondere der hier in Berlin ansässigen Mitglieder, vertiefen, welche Herausforderungen und Chancen wir sehen, die sich aus den Regelungen ergeben, die die EU gerade im Rahmen des Fit-for-55-Pakets verhandelt. Das ist ein Riesenpaket, daher sind fünf bis sechs Minuten sehr ambitioniert, aber vielleicht können wir das in den Fragen noch einmal ein bisschen vertiefen. Ich will mich vor allem auf das Thema Wärme, die Dekarbonisierung des Gebäudesektors, fokussieren. Wir, der BDEW, glauben, dass das eine der großen Herausforderungen auf dem Weg zur Klimaneutralität sein wird. Das sieht man schon daran, wenn man auf Berlin schaut, dass die Emissionen in dem Bereich in den letzten Jahren eher stagniert sind. Auch auf der EU-Ebene sehen wir letztendlich insgesamt dasselbe Problem, wenn man so will, dass wir in der Stromerzeugung schon deutliche Emissionsrückgänge hatten, aber das im Gebäudebereich noch nicht so aussieht.

Die Kommission hat sich im Fit-for-55-Paket das Ziel gesetzt, die Emissionen im Gebäudebereich bis 2030 deutlich um 60 Prozent zu reduzieren, und erst kürzlich ein ambitionierteres Ziel für den Anteil der Erneuerbaren im Gebäudebereich von ebenfalls 60 Prozent vorgelegt. Man will auch in dem Sektor endlich dafür sorgen, dass die Emissionen reduziert werden. Wie kann man das machen? – Grundsätzlich kann man grob sagen, dass es zwei Hebel gibt, um im Gebäudebereich die Emissionen zu reduzieren: entweder den tatsächlichen Energieverbrauch durch Sanierungen und Renovierungen zu reduzieren oder indem man die Wärme, die im Gebäudebereich benutzt wird, emissionsärmer macht.

Beim ersten Punkt hat sich die Kommission zum Ziel gesetzt, die Sanierungsrate in der EU auf 2,3 Prozent mehr als zu verdoppeln – sicherlich sehr ambitioniert. Wenn man auf Berlin schaut, haben wir eine Sanierungsrate von noch unter 1 Prozent. Das heißt, wir sehen da, gerade mit Blick auf den Fachkräftemangel, dass es sicherlich kurz- bis mittelfristig vor allem darum gehen muss, wie wir den Bestand dekarbonisiert bekommen, ohne unbedingt renovieren zu müssen. In dem Kontext sehen wir eine große Rolle vor allem beim Thema Fernwärmeausbau und Dekarbonisierung der Fernwärmeversorgung durch einen Maßnahmenmix – sei es über Großwärmepumpen, sei es Power to Heat, sei es Abfallverbrennung. Da gibt es eine ganze Reihe von Maßnahmen, auch das Thema gasbetriebene Kraft-Wärme-Kopplung – KWK – wird zukünftig weiterhin eine Rolle spielen, perspektivisch nicht mehr mit Erdgas, sondern mit Wasserstoff, um gerade in Zeiten, wenn die Stromerzeugung aus Solar- und Windenergie niedrig ist, weiterhin für die Versorgungssicherheit von Strom und Wärme gleichzeitig zu sorgen.

Das ist ein wichtiger Punkt, auch die Kommission ist da relativ aktiv, insbesondere im Kontext der Erneuerbare-Energien-Richtlinie, aber auch mit der Energieeffizienzrichtlinie macht sie da Vorgaben. Für das Thema Fernwärme ist aus unserer Sicht besonders die Definition für effiziente Fernwärmesysteme, die in der Energieeffizienzrichtlinie festgelegt wird, relevant. Die ist dafür ausschlaggebend, ob staatliche Förderung für den Ausbau und die Dekarbonisierung von Fernwärmesystemen laut EU-Beihilfeleitlinien gegeben werden darf. Daher ist es hier auch ein wichtiger Punkt, dass die Kommission die Definition bereits ab 2026 verschärfen will. Da werden dann Vorgaben über bestimmte Anteile von erneuerbaren Energien – von Abwärme, von KWK-Wärme – gemacht, die in solchen Systemen sein müssen.

Der zweite Punkt, wenn wir uns den Bestand anschauen, ist das Thema Dekarbonisierung der Gasversorgung. Nach der Fernwärme ist die Wärmeversorgung über das Gasnetz der zweitgrößte Anteil in Berlin. Zusätzlich kommt dazu, dass KWK-Anlagen in der Fernwärme vom Gasnetz abhängig sind, dass wir am Ende inklusive der Fernwärme ca. 70 Prozent des Wärmemarkts haben, die direkt oder indirekt über Gas laufen. Das heißt, auch da werden wir für die Dekarbonisierung des Gebäudebereichs nicht umhinkommen, auch die Gasversorgung über Wasserstoff zu dekarbonisieren.

Hier sehen wir, wenn man auf die EU schaut, gerade mit Sorge die Verhandlungen zur Überarbeitung der Gasbinnenmarktregeln, der Kommissionsvorschlag von Dezember 2021, da wir hier Anforderungen zur Trennung von Erdgas- und Wasserstoffnetzen haben, die sogenannte eigentumsrechtliche Entflechtung, die aus unserer Sicht am Ende die Transformation des Gasnetzes hin zu Wasserstoff deutlich erschweren würde, da die Gasversorger kaum Anreize hätten, ihre Infrastruktur auf Wasserstoff umzurüsten, da sie ihre Netze dann abstoßen müssten. Da sehen wir, dass das schon im Sinne des Landes Berlin sein sollte, dass die Regelung zumindest in der Form nicht umgesetzt wird. Klar, wenn man auf die Neubauten schaut, dann sehen wir auch im Wärmebereich auch das Potenzial für Wärmepumpen, die mit erneuerbaren Strom, etwa aus dem Netz oder direkt im Gebäude erzeugt, betrieben werden können.

Im Kontext Gebäude ist auch die kommunale Wärmeplanung ein wichtiger Punkt, also die gemeinsame Betrachtung all dieser Infrastrukturen, was uns ermöglichen würde, zu entscheiden, wo und in welchen Bereichen die genannten Infrastrukturen Fernwärme, Wärmepumpen über das Stromnetz oder das Gasnetz volkswirtschaftlich sinnvoll zum Einsatz kommen. Hier gibt es auch Vorgaben von der EU und der Energieeffizienzrichtlinie, lokale Pläne entsprechend auszuarbeiten. – Ein zweiter Punkt, auf den ich nur kurz eingehen will, weil mir wahrscheinlich auch die Zeit davonläuft, ist das Thema Verkehr.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Sie haben maximal noch eine Minute. Sie haben die Zeit schon überschritten.

Moritz Mund (BDEW): Sehr gut, dann will das Thema Verkehr nur kurz anreißen, wo wir letztendlich dasselbe Problem haben, dass die Emissionen eher steigen als sinken. Da werden vor allem das Thema Elektromobilität und Ausbau der Ladeinfrastruktur eine wichtige Rolle spielen. Auch beim Thema Solarenergie gibt es neue Vorgaben der Kommission. Darauf will ich jetzt nicht eingehen, wenn es da Interesse gibt, gerne nachher bei den Fragen. Dann noch ein grundsätzlicher Punkt zum Abschluss: Wenn man sich all diese Vorgaben anschaut, sehen wir auf jeden Fall auch die Notwendigkeit, dass das Land Berlin das nicht alles alleine meistern kann oder soll, sondern dass auch die Zusammenarbeit mit anderen Regionen, insbesondere mit dem Land Brandenburg, besonders wichtig wird: einerseits was den Ausbau der Stromanbindung angeht, um den erneuerbaren Strom, der nicht vollständig hier vor Ort erzeugt werden kann, in das Land zu bekommen, andererseits auch was das Thema Wasserstoff angeht – Anbindung an den Hydrogen-Backbone, Wasserstoffstrategie von Brandenburg –, um die Potenziale der umliegenden Regionen zu nutzen. – Dabei belasse ich es. Vielen Dank, ich bin gespannt auf Ihre Fragen!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke! – Es tut mir leid, dass ich so an die Zeit erinnern muss. Wir haben eine lange Tagesordnung, bzw. Sie werden nachher die Zeit haben, um auf die Fragen, die an Sie gestellt werden, zu antworten. Herr Thürmer hat jetzt das Wort. – Bitte!

Andreas Thürmer (Berliner Stadtreinigungsbetriebe – BSR –): Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung! Ich freue mich auch sehr, dass ich heute hier sein kann und Ihnen mal aus Sicht der BSR berichten kann, was der Green Deal aus unserer Sicht für uns bedeutet, was wir konkret in dem Bereich tun und welche Herausforderungen und Chancen wir für das Land Berlin und für uns selbst darin sehen. Ich habe dazu vier Folien mitgebracht und werde mich bemühen, dass ich die fünf Minuten dazu auch einhalten kann.

Der Green Deal soll wesentlich dazu beitragen, die EU 2050 klimaneutral zu machen

Die Kreislaufwirtschaft spielt dabei eine entscheidende Rolle

„Die Ausweitung der Kreislaufwirtschaft von den Vorreitern auf die etablierten Wirtschaftsakteure wird entscheidend dazu beitragen, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen, das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung zu entkoppeln und zugleich die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der EU zu sichern und niemanden zurückzulassen.“

Europäische Kommission: Ein neuer Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft
Für ein saubereres und wettbewerbsfähigeres Europa, 11.03.2020

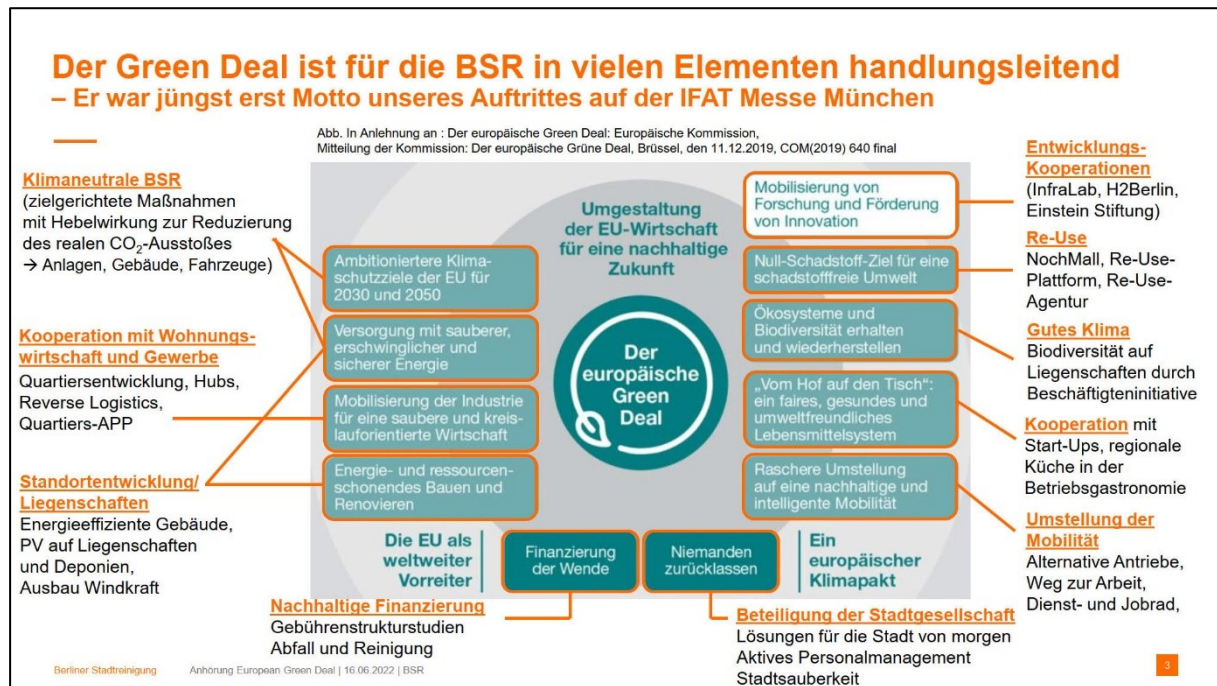
Europäischer Ausschuss der Regionen:
New Circular Economy Action Plan

Die BSR greift diesen **ganzheitlichen Ansatz** als **aktive Partnerin der Abfall- und Ressourcenwirtschaft** auf und richtet ihre **Unternehmensstrategie** konsequent darauf aus.
Moderne Kreislaufwirtschaft für Berlin und für die Branche.

Berliner Stadtreinigung Anhörung European Green Deal | 16.06.2022 | BSR



Erste Folie: Da haben wir einfach ein Zitat rausgenommen, das deutlich macht, dass der Green Deal der Kreislaufwirtschaft eine besondere Rolle für die Umsetzung gibt. Wir werden als Vorreiter gesehen, der letztendlich auch die etablierten Wirtschaftsakteure mitnehmen soll, damit wir entscheidend dazu beitragen können, bis 2050 die Klimaneutralität zu erreichen, Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln und damit unsere Wettbewerbsfähigkeit dauerhaft sicherzustellen und dabei niemanden zurückzulassen. Wir als BSR greifen diesen Ansatz für uns selbst auf und stellen ihn ein Stück weit auch in den Mittelpunkt unserer eigenen Strategie und richten unsere Strategie konsequent darauf aus.



Das sieht man beispielsweise an der nächsten Seite. Wir hatten im Mai die große Leitmesse der Abfallwirtschaft, die IFAT. Wir hatten dort auch einen eigenen Stand und haben selbst auch das Thema Green Deal in den Mittelpunkt gestellt und ein Stück weit aufgezeigt, in welchen Feldern wir heute schon aktiv sind. Wenn Sie das in Summe betrachten, dann sehen Sie, dass wir eigentlich mitten im Prozess sind, unser Geschäft so umzubauen, dass es stärker in Richtung Kreislaufwirtschaft geht.

Das fängt sehr stark mit dem Kerngeschäft an sich an: Wir bauen die Bioabfalleistungen aus, wir gehen in höherwertige Verwertung, wir haben mit dem Dampfliefervertrag sichergestellt, dass wir eine zukunftsorientierte Verwertung des Dampfes auch als Wärme- und Energiebeitrag für Berlin höherwertiger sicherstellen können als heute. Wir bauen das Thema Re-Use aus, indem wir mitten in der Pandemie unsere NochMall, unser Gebrauchtwarenkaufhaus, eröffnet haben und viele weitere Beispiele, die aufzeigen, dass wir da tätig sind. Ich will auch das Thema Stadtsauberkeit an sich nicht vergessen, weil die Dinge nun einmal zusammengehören. Wenn wir beispielsweise illegale Ablagerungen nehmen, dann ist eine illegale Ablagerung eigentlich nichts anderes als Sperrmüll, der in unseren sonstigen Prozessen so nicht funktioniert hat und deswegen irgendwann auf der Straße landet. Wir betrachten die Dinge also zusammen und gehen da auch stärker rein.

Darüber hinaus haben wir als BSR eine eigenen Klimaneutralitätsstrategie entwickelt. Bei uns muss ich sagen, dass wir eine Klimaneutralitätsstrategie, wie wir klimaneutral bleiben können, entwickeln. Nach heutiger Lesart, die Gutschriften, die man über die Verwertung der Stoffströme, die man hat, bekommt, sind wir eigentlich klimaneutral. Wenn wir das nach vorne denken, dann müssen wir schon Maßnahmen ergreifen, damit das dauerhaft so bleibt. Das betrifft die Stoffströme, unsere Gebäude, die Mobilität – das sind die größten Themen, die wir da drin haben.

Mobilität als Beispiel: Wir sind massiv dabei, unseren Fuhrpark in Richtung Elektromobilität umzubauen. Pkw sind bei der BSR nur noch elektrisch. Die Kehrmaschinen beschaffen wir fast nur noch elektrisch. Die Müllfahrzeuge werden sukzessive darauf umgestellt, und wir testen auch Wasserstoff, alle möglichen Dinge. Ich glaube, ohne unbescheiden sein zu wollen, sind wir sicherlich als kommunaler Abfallwirtschaftsbetrieb in der Bundesrepublik sehr weit vorne, was das Thema alternative Mobilität angeht und bauen das auch sehr stark weiter aus.

Wir beziehen auch unsere Beschäftigten ein. Wir haben Aktionen wie „Gutes Klima“, wir sorgen für Biodiversität auf unseren Standorten, wir versuchen, das sehr breit anzugehen und alle Felder, die hier stehen, auch in unsere Strategie miteinzubeziehen und beteiligen letztendlich auch die Stadtgesellschaft. Es geht auch darum, bei so einem Prozess alle mitzunehmen. Ich erinnere an den Prozess „BSR 2030+“; da ging es auch darum, was sich die Stadt eigentlich vorstellt, wie sie in Zukunft ist, und was wir als BSR dazu beitragen können; sehr vielschichtig.

Green Deal und Zero Waste = Zero Money?



- AWK – Maßnahmenprogramm (Ausbau Bio, Re-Use Angebote etc.)
- Zero-Waste Agentur
- Umstellung auf emissionsfreie Mobilität bis 2030
- Höhere Sauberkeitsanforderungen durch veränderte Nutzung des öffentlichen Raums
- Aktionsprogramm Saubere Stadt (illegale Ablagerungen, Sperrmüllleistungen etc.)
- PV auf öffentlichen Dächern
- BEK
- etc.

- ? Praxisgerechte Gebührenstetigkeitsvorgaben
- ? Gebührenmodelle der Zukunft zur nachhaltigen Finanzierung (u.a. Vermeidung und Wiederverwendung ansatzfähig für Gebühren)
- ? Haushaltstitel
- ? Fördermöglichkeiten
- ? Aktuelle Belastungen aus dem Ukraine-Krieg
- ? CO₂-Bepreisung energetische Verwertung
- ? etc.

Berliner Stadtreinigung Anhörung European Green Deal | 16.06.2022 | BSR

Jetzt komme ich zu den Herausforderungen, und da gibt es ein zentrales Thema, das wir sicherlich diskutieren müssen. Wir werden immer wieder damit konfrontiert, dass das Thema Zero Waste, Green Deal – das ist für uns sehr bedeutsam –, auch kein Geld mehr bedeutet. Weniger Abfall muss doch die Abfallwirtschaft eigentlich billiger machen? – Das Gegenteil ist aber ehrlicherweise der Fall, weil die ganzen Prozesse, die man aufnehmen muss, damit man in die Richtung kommt, damit man Stoffe im Kreislauf hält und sie eben nicht zu Abfall werden, sind zumindest zunächst einmal nicht billiger, sondern teurer. Das haben wir anhand des AWK simuliert. Wir sind davon ausgegangen, dass wir alle Ziele erreicht und alle Maßnahmen umgesetzt haben und haben dann einmal simuliert, ob die Abfallwirtschaft dann teurer oder billiger ist. Drei Mal dürfen Sie raten: Sie ist erst einmal deutlich teurer als vorher, und dafür müssen wir uns überlegen, wie wir das in Zukunft finanzieren wollen.

Dann stehen auf der Seite sehr viele Anforderungen, die rund um dieses Thema auch an uns gestellt werden, und wir müssen einfach schauen, wie wir das finanzieren. Beispielsweise haben wir kürzlich von der Finanzverwaltung ein Schreiben bekommen, das gesagt hat: Zeigt uns mal auf, wie ihr euren Fuhrpark bis 2030 emissionsfrei macht. – Das wollen wir natürlich gerne tun, aber wir müssen auch schauen, wie wir das Ganze auch finanziert bekommen. Das ist eben die große Frage. Wir brauchen praxisgerechte Gebührenstetigkeitsvorgaben. Die Vorgaben aus der Vergangenheit funktionieren nicht mehr, wenn man so einen Umbau proaktiv vorantreiben will.

Chancen und Herausforderungen für das Land Berlin und die BSR

Chancen	Herausforderungen
- Steigerung der Lebensqualität der Bürger:innen (Zero Waste Stadt, emissionsfreie Mobilität, saubere Stadt, attraktive Kieze etc.) - Dynamische Entwicklung der Metropole Berlin (viele Akteure und Industrien, neue Quartiere, effektive verdichtete Logistik etc.) bietet besondere Chance bei der Entwicklung einer hochmodernen Kreislaufwirtschaft - Steigerung Ressourceneffizienz - Vorreiterrolle für Deutschland und die EU - Möglichkeit wegweisende Konzepte zu wagen (z.B. in Pilotprojekten) und umzusetzen - in bestehenden und Zukunftsquartieren - Know-How Aufbau und Schaffung zukunftsorientierter Arbeitsplätze (Arbeitgeberattraktivität/Wettbewerbsfähigkeit Berlins)	- Nachhaltigkeit muss zum Leitprinzip auch für zukünftige Geschäftsmodelle werden. Elemente der Nachhaltigkeit Ökologie (Schwerpunkt Klimaneutralität), Ökonomie und soziale Verantwortung müssen in Einklang gebracht werden. → kommunale Unternehmen können hier Vorreiter sein - Chancen vollumfänglich nutzen (Bsp. Energie aus Abfall, Orangener Wasserstoff etc.) - Finanzierung mitdenken (Zero Waste bedeutet nicht Zero Money → nachhaltige Finanzierung erforderlich) (Politische) Maßnahmen auf effektiven CO₂-Effekt überprüfen (wirksame und durchschlagende Maßnahmen) - Change Prozesse in den Unternehmen begleiten

Berliner Stadtreinigung | Anhörung European Green Deal | 16.06.2022 | BSR



Wir müssen selbst – und das tun wir auch – überlegen, wie eine nachhaltige Finanzierung der Zukunft aussieht. Wie können wir unsere Gebührenmodelle umbauen, dass das Ganze gelingt? Wir müssen auch über Haushaltstitel reden. Ein Beispiel, die Zero-Waste-Agentur steht in der Koalitionsvereinbarung. Nach meiner Information ist noch nicht geklärt, ob dafür überhaupt Mittel zur Verfügung stehen. Es muss dann auch konsequent gemacht werden, damit wir das vorantreiben können.

Fördermöglichkeiten sind wichtig. Gerade der Umbau der Mobilität gelingt nur, wenn wir über eine gewisse Zeit auch dieses Thema weiter haben können. Die großen Fahrzeuge, die Nutzfahrzeuge, sind um Größenordnungen teurer als konventionelle. Wir müssen irgendwie schauen, wie wir das hintereinander bekommen, damit wir diesen Umbau gestalten können. Nicht zu vergessen: Der Ukraine-Krieg oder eine drohende CO₂-Bepreisung der energetischen Verwertung werden die Kosten weiter nach oben treiben, dafür müssen wir dann Lösungen finden.

In Summe – und damit schließe ich ab – sehen wir im Green Deal mehr Chancen als Risiken. Die Chancen sind sicherlich – und ich würde das immer so darstellen wollen –, dass der Umbau der Stadt in Richtung Green Deal eigentlich eine Steigerung der Lebensqualität von allen ist. Das ist kein Verzichtsprogramm, sondern das ist ein Programm, wo wir mit einer Zero-Waste-Stadt, mit einer emissionsfreien Mobilität, mit einer sauberen Stadt, mit attraktiven Kiezen dafür sorgen, dass die Lebensqualität in Berlin steigt. Ich glaube, das muss man auch immer vermitteln. Eine Metropole wie Berlin hat immer gute Chancen, neue Dinge auszuprobieren. So ein verdichteter Raum bietet auch günstige Logistikmöglichkeiten, günstige Möglichkeiten, Sachen auszuprobieren, nicht zu vergessen die vielen neuen Quartiere, die noch entstehen werden. Ganz prominent ist Tegel. Wenn man da nicht sagt: Da installieren wir die Zukunft –, wann machen wir es dann? Das sind große Chancen, die man auch nutzen sollte. Wir sehen auch darin Chancen, dass wir zukunftsorientierte Arbeitsplätze schaffen. Wir merken das selbst, dass die Leute zur BSR kommen, weil sie einen Sinn darin sehen, die Stadt so

umzubauen und nachhaltig zu agieren. Ich glaube, das kann man auch sehr stark für die ganze Stadt propagieren.

Die Herausforderung ist, dass wir die Nachhaltigkeit als Leitprinzip für zukünftige Geschäftsmodelle schaffen. Wir können, glaube ich, mit diesem Einklang von Ökonomie, Ökologie und sozialer Verantwortung als kommunale Unternehmen gute Vorreiter sein. Für uns kommt es darauf an, dass wir diese Balance halten können, während wir diesen Umbau vorantreiben. Wir müssen die Chancen, die wir haben, vollumfänglich nutzen. Da spreche ich bewusst das Thema Energie im Abfall an. Das kann eine gute, wichtige Rolle für diesen Umbau spielen. Da spielen so etwas wie Wasserstoff oder die Energie aus dem Restabfall, die man rausziehen kann, eine wichtige Rolle. Die Finanzierung müssen wir mitdenken, wir müssen diese Herausforderung lösen. Ohne dass man dafür entsprechende Maßnahmen einleitet, wird es nicht ohne Weiteres möglich sein. Wir müssen vor dem Hintergrund knapper Mittel auch gut überlegen, was denn wirklich besonders stark auf das Thema Klimaneutralität einzahlt, und diese Sachen dann ganz nach oben stellen. Man wird rein finanziell, aber auch von der Machbarkeit nicht alles gleichzeitig vorantreiben können. Deswegen ist uns da sehr stark daran gelegen.

Letzter Satz: Wir müssen den Change-Prozess bei uns im Unternehmen vorantreiben, das ist unsere Herausforderung. Wir bauen das Geschäft um. Wir müssen unsere Beschäftigten mitnehmen, aber wir brauchen gerade bei diesem Wandel, der die ganze Stadt betrifft, eigentlich eine Art Change-Prozess für die ganze Stadt, den man gestalten muss, damit wir die Leute auch mitnehmen. Gerade in der Kreislaufwirtschaft und Stadtsauberkeit geht es nicht ohne die Menschen in Berlin. Das müssen wir, glaube ich, mitdenken. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Thürmer! Ich habe Sie nicht unterbrochen, Sie waren bei 10 Minuten. – Ich möchte nicht unhöflich sein, aber bei den nächsten Ausschusssitzungen und Anhörungen werde ich bei fünf Minuten bleiben. Ich möchte die Mitglieder des Ausschusses darum bitten, wenn Sie Anzuhörende einladen, dass Sie auf diese Zeitvorgabe hinweisen, sonst kommen wir mit der Tagesordnung nicht durch. Das möchte ich nicht. – Ich möchte mich für das Protokoll korrigieren. Vorhin habe ich danach gefragt, ob eine Begründung des Besprechungsbedarfs durch die Koalitionsfraktionen erwünscht ist. Da ging es um den Punkt des Umweltgerechtigkeitsatlases. Da habe ich mich geirrt. Entschuldigung dafür! – Jetzt steigen wir in die Aussprache ein. Herr Dr. Taschner hat das Wort. – Bitte!

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich hätte zwar gedacht, dass die Verwaltung vorher noch kommt, aber das wissen Sie besser als ich. Vielleicht können wir nach der Stellungnahme der Verwaltung noch Fragen an die Verwaltung stellen. – Als Energie- und Klimaschutzpolitiker erst einmal die Frage – ein bisschen stärker an Herrn Mund und an das, was Sie vorgetragen haben, gerichtet –: Das hört sich immer ganz nett an, wenn man sich solche Sachen wie „Fit-for-55“ und die ganzen Ziele anschaut, aber in Berlin müssen wir immer schauen, was das heruntergebrochen bedeutet. Sie haben schon gesagt, dass der Gebäudesektor für 50 Prozent der CO₂-Emissionen in unserer Stadt verantwortlich ist. Deswegen ist auch die Gebäudeeffizienz für uns ein wichtiger Punkt, aber wir haben in der Mieterstadt Berlin das Problem, dass wir nicht nur die Häuser durch Sanierung effizienter machen müssen, sondern die auch bezahlbar bleiben müssen oder werden sollen. Deswegen die Frage: Sind seitens der EU hinter diesem ganzen „Wir müssen die Häuser effizienter machen“ auch Förderprogramme oder Gelder eingeplant? Wir wissen, solche Sachen wie die 11-

Prozent-Modernisierungsumlage haben nicht so richtig funktioniert. Welches Modell präferiert die EU oder der BDEW?

Sie haben die Transformation von Gas- zu Wasserstoffnetzen angesprochen – das ist auch ein wichtiges Thema, das wir hier in Berlin diskutieren –: Da scheint es aber mehr so zu sein, dass wir erst einmal zwei parallele Netze aufbauen müssen. Das Gasnetz werden wir sicherlich noch eine Zeit lang haben müssen, und parallel – so sieht es zumindest aus unserer Sicht aus – werden wir Wasserstoff-only Netze für Berlin benötigen. Die GASAG hat es auf den Energietagen ähnlich vorgestellt. Wie ist da die Haltung dazu? Ein Gasnetz werde ich im liberalisierten Markt eh nie komplett dekarbonisieren können. Wenn ich Erdgasanbieter bin, habe ich immer ein Recht, dieses Erdgasnetz auch mit fossilem Erdgas zu nutzen. Wie läuft denn da die Diskussion?

Wie mich übrigens auch die gesamte Diskussion zu Wasserstoff interessiert, die Sie auch angesprochen haben: Welche Ziele gibt es da vielleicht jetzt schon auf der EU-Ebene? Welche Farbe soll dieser Wasserstoff auf der EU-Ebene haben? Wir wissen, in Deutschland sind wir relativ klar. Wir sprechen konsequent von grünem Wasserstoff; das mag in anderen EU-Ländern anders ausschauen. Für was soll dieser Wasserstoff angewendet werden? Da gibt es gerade bei uns Grünen auch relativ klare Vorstellungen. Da würde mich mal interessieren, in welche Richtung dort gedacht wird.

Dann haben Sie schon angesprochen, dass die Wasserstoffnetze und deren Betrieb ein wichtiges Thema sind, dieser Konflikt, den wir gerade haben, ob ein Gasnetzbetreiber auch ein Wasserstoffnetzbetreiber werden soll, kann oder darf. Da würde mich die Haltung des BDEW interessieren.

Sie haben so etwas Einfaches wie Abfallverbrennung gesagt: Das ist bei uns, aber auch bei anderen hier im Raum sofort ein Alarmthema, weil das als nachhaltig oder in Richtung Klimaneutralität zu labeln, ist schwer, weil der Abfall letztendlich schon CO₂ mitverursacht hat, indem er entstanden ist. Das würde mich schon näher interessieren, vielleicht können Sie dazu ein paar Ausführungen machen. Vielleicht kann auch Herr Thürmer von der BSR dazu noch ein bisschen was sagen. Sie haben es schon gesagt, Abfallreduzierung, Zero Waste ist das, was wir hier anstreben.

Ich komme noch kurz zum Verkehr – Herr Mund, das haben sie auch angesprochen, wichtiges Thema –: Da wird viel über Elektroautos gesprochen, aber wenn Sie mal versuchen, in den Sommerferien mit dem Zug durch Europa zu fahren und Tickets zu kaufen, ist das nicht ganz leicht, über eine Website ein Ticket von Berlin nach Spanien zu bekommen. Da müssen Sie schon über drei verschiedene Länderseiten gehen, um sich die Tickets zu holen. Alles machbar, es geht schon, aber man kann es freundlicher gestalten. Gibt es auch Sachen, den europäischen Bahnverkehr zu erleichtern? Was kann seitens der EU getan werden, um die Nachtzüge stärker anzuschieben? Da ist es gerade so, aber eher von privater Seite, dass Nachtzüge wieder am Kommen sind. Das ist eine super Sache, um in Europa herumzureisen. Das wird gewünscht, wird hier auch viel diskutiert, aber ist dazu in diesem ganzen Verkehrspaket auf der EU-Seite auch etwas enthalten?

Zur BSR würde mich interessieren: Sie haben gesagt, sie wollen die Fahrzeugflotte auf die E-Mobilität umstellen. Bei Pkws ist das klar, da wissen wir, das funktioniert, aber wo sind bei

den Spezialfahrzeugen die Limitierungen? Sie haben schon Wasserstoff beim klassischen Müllfahrzeug genannt. Gibt es noch andere Fahrzeugtypen, wo wir sagen müssen, da müssen wir anders als E-Mobilität denken? – Das war es erst einmal. Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Dr. Taschner! – Die Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete haben keine Redezeitbegrenzung, aber ich möchte nicht, dass Sie sich Herrn Dr. Taschner als Beispiel nehmen. Er hat sieben Minuten geredet. Sorry, dass ich das in dieser Deutlichkeit sagen muss, sonst werden wir heute nicht fertig. – Die Senatsverwaltung, Frau Dr. Karcher, hat sich gemeldet. – Frau Staatssekretärin, Sie haben das Wort!

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK): Danke schön, Herr Vorsitzender! – Wir haben ein eigenes Office in Brüssel, Herr Dr. Löwe ist zugeschaltet, und ich würde ihm das Wort geben, um noch einen kurzen Beitrag zu diesem Thema mit seiner Expertise zu geben und vielleicht auch schon auf die gestellten Fragen und auf die Finanzierungsmöglichkeiten für Berlin einzugehen.

Dr. Volker Löwe (Büro des Landes Berlin bei der EU in Brüssel) [zugeschaltet]: Danke sehr! – Frau Staatssekretärin! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich freue mich sehr, dass ich digital zugeschaltet sein kann. Ich wäre gerne persönlich in Berlin gewesen, aber wegen eines Staatssekretärsbesuchs in Brüssel war es mir leider nicht möglich, kurzfristig anzureisen. Ich würde eingangs ganz kurz den Blick für ein besseres Verständnis des Green Deal weiten, denn es geht eben nicht nur um den Klimaschutz im engeren Sinn. Wir haben vorhin schon von dem Fit-for-55-Paket von Frau Bentele gehört. Es sind eben sehr viel mehr Themenbereiche angesprochen, in denen für Berlin jeweils auch sehr viel Musik enthalten ist.

Ein Beispiel ist die Kreislaufwirtschaft. Wir erwarten am 20. Juli 2022 ein zweites Kreislaufwirtschaftspaket als Vorschlag der Europäischen Kommission. Da wird es unter anderem um ein Revisionsvorschlag für die Richtlinie über städtische Abwässer gehen. Wir haben aber auch im weiteren Verlauf dieses Jahres Vorschläge von der Kommission zum Recht auf Reparatur, die Beschränkung von Mikroplastik und die Beschränkung gefährlicher Stoffe in Elektrogeräten zu erwarten. Ein anderer großer Themenkomplex, der für Berlin auch wichtig ist, ist die Biodiversität und die schadstofffreie Umwelt. Da sind die Stichworte die Chemikalienstrategie von 2022 und die Bodenstrategie von 2021. Last but not least haben wir noch die nachhaltige Lebensmittelproduktion. Da steht die Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ im Mittelpunkt, von „Farm to Fork“. Als Letztes noch die nachhaltige und intelligente Mobilität. Da ist für Berlin die Strategie vom Dezember vergangenen Jahres über die urbane Mobilität ganz zentral.

Frau Bentele hat eben einen kurzen Einblick über die Gemengelage im Europäischen Parlament gegeben. Für Ihr Verständnis, verehrte Abgeordnete, ist wichtig, dass wir im Moment noch in der Phase sind, wo noch gar nicht im engeren Sinn verhandelt wird, sondern Parlament und Rat getrennt voneinander beraten und versuchen, ihre jeweiligen Verhandlungspositionen für die späteren Verhandlungen festzulegen. Ich gehe ganz kurz auf den Rat ein. Im Rat ist es bisher gelungen, allgemeine Ausrichtungen für die Verordnung über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe, für die Verordnung zum nachhaltigen Luftverkehr, für die Richtlinie für die Einführung intelligenter Verkehrssysteme und für die Verordnung über CO₂-arme Kraftstoffe im Seeverkehr zu formulieren.

Sie merken daran, dass es im Rat noch nicht so richtig weit vorangekommen ist. Die französische Präsidentschaft, die die Verhandlungen leitet, macht ordentlich Dampf, um noch bis Ende Juni zu weiteren Abschlüssen zu kommen, aber die Dinge sind sehr vertrackt, weil es Interdependenzen zwischen den Dossiers gibt. Ich will ein Beispiel herausgreifen, den Klimasozialfonds, für den es im Rat bisher keine qualifizierte Mehrheit gibt. Hier ist auch eine einstimmige Änderung der Eigenmittelverordnung und ein einstimmiger Beschluss im Rat zur Anhebung der Obergrenze des mehrjährigen Finanzrahmens erforderlich. Die Dinge sind sehr kompliziert. Da sind noch weitere Beratungen erforderlich.

Zum Thema Finanzierungen möchte ich hervorheben, dass es leider nicht das große Füllhorn für den Green Deal gibt, sondern dass man sehen muss, dass es verschiedene Optionen an Finanzierungsmöglichkeiten gibt. Ich will als Erstes das Post-Corona-Wiederaufbauinstrument erwähnen, die Fazilität für Wiederaufbau und Resilienz, auf Neu-deutsch Recovery und Resilience Facility. Innerhalb des Next-Generation-EU-Fonds, also des Post-Corona-Fonds von 750 Milliarden Euro, macht diese Fazilität 672,5 Milliarden Euro aus – 312,5 Milliarden Euro Zuschüsse, 360 Milliarden Euro Darlehen. 37 Prozent der dort zur Verfügung stehenden Mittel sollen für Maßnahmen zugunsten des Green Deal Verwendung finden.

Das gilt auch für Deutschland. Deutschland hat, wie die anderen Mitgliedsstaaten auch, einen nationalen Aufbau- und Resilienzplan formuliert und beschlossen, den sogenannten DARF – Deutscher Aufbau- und Resilienzplan. Sie haben mitbekommen, dass zum Unmut der deutschen Länder dieser DARF ohne Zutun der Länder beschlossen worden ist. Die Bundesregierung hat da weitgehend ihr eigenes Ding gemacht. Für Deutschland stehen 26,5 Milliarden Euro zur Verfügung. 42 Prozent dieser Mittel sind für Maßnahmen zum ökologischen Wandel einschließlich der Erhaltung der biologischen Vielfalt vorgesehen. Maßgeblich innerhalb des deutschen Aufbau- und Resilienzplans ist der Schwerpunkt 1, Klimapolitik und Energiewende, mit drei Komponenten, die ich erwähnen will: Das ist erstens die Dekarbonisierung, insbesondere durch erneuerbaren Wasserstoff, zweitens die klimafreundliche Mobilität und drittens das klimafreundliche Sanieren und Bauen.

Als Zweites möchte ich den Europäischen Strukturfonds erwähnen. Wir sind immer noch am Beginn einer neuen Förderperiode 2021 bis 2027. 331 Milliarden Euro werden insgesamt EU-weit durch die Strukturfonds ausgereicht. In den Strukturfonds gibt es verschiedene Schwerpunktziele, und für den Green Deal ist Ziel 2 – ein grüneres, CO₂-freies Europa – einschlägig. Das ist auch maßgeblich für Deutschland und für das Land Berlin. Deutschland bekommt aus dem Strukturfonds EFRE 9,7 Milliarden Euro. Davon fließen in der Förderperiode 2021 bis 2027 680 Millionen Euro – EFRE wohlgeachtet. Für das Politikziel 2 sind insgesamt 210 Millionen Euro, also ungefähr 32 Prozent, vorgesehen. In dem Kontext nicht zu vergessen ist auch das Post-Corona-Sonderinstrument – so will ich es mal nennen – REACT-EU. In dem Kontext hat Berlin einen Bonus erhalten. Dieser Bonus wird in Teilen für Maßnahmen des Klimaschutzes und des Umweltschutzes verwandt. 29,1 Millionen Euro gehen in das Klimaprogramm und 3 Millionen Euro in das Umweltprogramm.

Für die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg – nicht spezifisch für Berlin, aber für die Hauptstadtregion, weil Brandenburg betroffen ist – ist der Fonds für den gerechten Übergang, der Just Transition Funds, relevant. 17,5 Milliarden Euro stehen dort EU-weit zur Verfügung.

In Deutschland sind, wie gesagt, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Sachsen-Anhalt die Nutznießer, um Maßnahmen in den Regionen, die vom Klimawandel besonders betroffen sind, im Strukturwandel sehr stark gefordert sind, zu unterstützen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Herr Dr. Löwe! Entschuldigung, ich möchte Sie ungern unterbrechen, aber Sie sind jetzt auch schon bei 10, 11 Minuten. Was ich vorhin für die Abgeordneten gesagt habe, dass sie keine Redezeitbegrenzung haben, gilt auch für die Senatsverwaltung, dennoch würde ich Sie darum bitten, dass Sie langsam zum Ende kommen. Danke!

Dr. Volker Löwe (Büro des Landes Berlin bei der EU in Brüssel) [zugeschaltet]: Okay! Ich will der Vollständigkeit halber noch erwähnen, um das Puzzle der Finanzierungsmöglichkeiten zu vollenden, dass wir die Europäische Investitionsbank, die EIB, die Darlehensgarantien ausreicht, aber auch Beratungsmöglichkeiten anbietet, im Blick haben müssen. Das Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa ist für Berlin sehr wichtig, weil wir eine ausgewiesene hervorragende Forschungslandschaft haben und in der Akquise von Forschungsmitteln im Bundesländervergleich immer sehr gut abschneiden. Die Finanzinstrumente, die unter dem neuen Programm InvestEU gebündelt sind, sind auch sehr relevant für den Green Deal und dessen Finanzierung, da ist das Investitionsfenster Nachhaltige Infrastruktur relevant. Last but not least: Das Umweltprogramm LIFE, das speziell für Finanzierungsmaßnahmen im Bereich der Umwelt- und Klimaschutzpolitik einschlägig ist, gilt es im Blick zu behalten. – Vielen Dank, dass ich dazu Stellung nehmen konnte! Ich stehe für Fragen gerne zur Verfügung. – Danke sehr!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Dr. Löwe! – Sie merken vielleicht, heute muss ich mehr improvisieren als in den vorherigen Ausschusssitzungen, weil es kurzfristige Änderungen gab und gibt. Zur Info, weil es bei einigen Kolleginnen und Kollegen eventuell nicht angekommen ist: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Senatsverwaltungen sind keine Anzuhörenden im klassischen Sinne. Das möchte ich geklärt haben, weil es vor dieser Ausschusssitzung Irritationen gab. Eine kurzfristige Änderung kommt von der AfD-Fraktion, weil Frau Bentele um 10 Uhr die Sitzung verlassen muss und Herr Hansel von der AfD-Fraktion eine Frage an sie hat. Daher gebe ich jetzt das Wort an Herrn Hansel, mit der Bitte, sich kurzzufassen. – Danke!

Frank-Christian Hansel (AfD): Herr Vorsitzender! Ich bedanke mich und guten Morgen in die Runde! Frau Bentele, Sie haben die Debatte im EU-Parlament mitbekommen, das ganze Thema der EU-Taxonomieverordnung, die auch mit dem Green Deal in Verbindung steht. Da ist das Novum, was hier in Deutschland stark irritiert hat – bei uns das Thema Gaskraftwerke und in Frankreich das Thema Atomkraftwerke –, dass Atomkraftwerke bis 2045 als nachhaltig gelten, sofern sie in der Lage sind, möglicherweise die Endlagerung zu klären. Der Kollege hat auch angesprochen, dass Berlin eine tolle Forschungsstadt ist. Wir regen an, dass wir das Thema Kernkraft forschungstechnisch revitalisieren. Wie ist die Debatte in der EU gelaufen, was würden Sie dazu sagen, Frau Bentele? Das würde mich aus erster Hand interessieren. – Danke!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Hansel! – Jetzt hat Frau Bentele das Wort.

Hildegard Bentele (MdEP) [zugeschaltet]: Sehr gerne! – In der Tat, das ist ein Vorschlag der Europäischen Kommission, dem wir nur zustimmen oder ablehnen können. Wir können ihn nicht verändern. Das ist eigentlich ein Einstufungssystem für den Finanzmarkt, was nachhaltige Investitionen sind. Dafür hat die EU-Kommission ganz spezielle Kriterien vorgelegt, die bei Gas sehr anspruchsvoll sind. Da gibt es bestimmte Kriterien, wie viel CO₂-Emissionen ein Gaskraftwerk in Zukunft ausstoßen darf. Die sind sehr anspruchsvoll, da kommen nur die allereffizientesten Gaskraftwerke durch. Bei der Kernenergie sind die Anforderungen aus meiner Sicht ein bisschen geringer, zum Beispiel die Anforderung, dass erst bis 2050 ein Endlager nachgewiesen werden muss. Das ist, glaube ich, eine Ungleichbehandlung.

Vielleicht noch einmal zum Prozedere: Die Abstimmung wird in der nächsten oder übernächsten Plenarsitzung stattfinden. Dieser Vorschlag kann nur angenommen oder zurückgewiesen werden, er kann nicht verändert werden. Wir können nur das, was uns die Kommission vorgeschlagen hat, beraten. Da ist die große offene Frage, ob es eine Mehrheit der Abgeordneten dafür gibt. Das wären über 353, die diesen Vorschlag zurückweisen müssten, und dann müsste die Kommission einen neuen Vorschlag vorlegen. Der Europäische Rat – das kann aber Herr Löwe auch noch einmal sagen – möchte darüber gar nicht beraten, weil er denkt, dass es für diesen Vorschlag eine Mehrheit gibt. Insofern guckt alles auf das Europäische Parlament. Der Umweltausschuss hat diese Woche erst einmal möglich gemacht, dass es überhaupt eine Abstimmung im Plenum gibt und dass nicht nur der Umweltausschuss darüber entscheidet. Ich glaube aber, dass die Abstimmung im Europäischen Parlament noch sehr offen ist. – Ich muss mich jetzt leider verabschieden, das tut mir sehr leid! Ich stehe natürlich für alle Abgeordneten zur Verfügung, auch für Fragen im Nachhinein. Der Green Deal verdient ein bisschen mehr Zeit, weil es so ein umfangreiches Programm ist. Ich stehe bilateral für alle zur Verfügung, aber ich muss mich um 10 Uhr für eine andere wichtige Verpflichtung rausnehmen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Vielen Dank, Frau Bentele, dass Sie an unserer Sitzung teilgenommen haben! Einen schönen Tag! – Ich mache mit der Redeliste weiter. Als Nächster ist Herr Reifschneider von der FDP-Fraktion an der Reihe.

Felix Reifschneider (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Ich versuche, es ganz kurz und schnell zu machen. – Ich hätte eine Frage an Herrn Mund zum Thema Geothermie: Welche Potenziale sehen Sie da für den Bereich Dekarbonisierung der Wärme, gerade mit Blick auf Berlin? Können Sie eine Einschätzung zur Euro-Effizienz geben? Ist es aktuell effizienter, einen Euro in die Dekarbonisierung der Wärmeerzeugung oder einen Euro in die Gebäudedämmung zu investieren? Was können Sie uns auf den Weg geben, wie man das Fernwärmenetz oder die Nahwärmenetze in Berlin schneller ausbauen könnte?

Zur Frage der Ladesäuleninfrastruktur: Gibt es neue Vorgaben der EU, wie das Verhältnis zwischen Ladesäulen und E-Autos sein soll, weil wir vor einem massiven Hochlaufen der E-Mobilität auch in Berlin stehen werden?

Noch eine Frage – Sie hatten es nur so angerissen – zur Zusammenarbeit von Berlin und Brandenburg: Da gibt es ganz viele Sachen, die uns berühren, aber Sie hatten über das Thema Wasserstoff gesprochen. Da noch einmal die Frage, was in Berlin oder Brandenburg oder auf Bundesebene geschehen muss, dass Berlin an diesen Wasserstoff-Backbone angeschlossen wird.

Dann hätte ich noch eine Frage an Herrn Thürmer von der BSR: Was sehen Sie denn als Investitionsbedarfe bei sich, die am Ende über Gebühren oder alternative Einnahmen gedeckt werden müssten, um das, was Sie in Ihren Folien beschrieben haben, tatsächlich zu erreichen, zur Kreislaufwirtschaft zu kommen? Spielen dabei auch Modelle eine Rolle, dass man gerade in den Einfamilienhausbereichen Berlins mehr dazu übergeht, die Müllgebühren nicht mehr nach einzelnen Tonnen zu bewerten, sondern zu wiegen, wie viel die Leute weggeworfen haben, um den Preis anhand des Gewichts und nicht des Behälters zu bestimmen und damit einen Anreiz zu geben, weniger Müll zu produzieren?

An Herrn Mund noch die Frage mit dem Investitionsbedarf, sowohl beim Ausbau des Fernwärmenetz, Dekarbonisierung, Fernwärme, Gasnetz – das sind hochkomplexe Vorhaben –: Wie ist da der Finanzierungsmechanismus, und was kommt auf die Bürgerinnen und Bürger als Endnutzer zu? – Ansonsten, letzter Satz: Herzlichen Dank an alle Anzuhörenden! Das hatte ich am Anfang vergessen!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Reifschneider! – Der Dank vom Ausschussvorsitzenden ergeht auch im Namen des Ausschusses. Sie brauchen sich als einzelne Fraktion nicht bei den Anzuhörenden bedanken, aber Sie können das machen. – Herr Freymark!

Danny Freymark (CDU): Ich bin gerade skeptisch, ob ich mich bei Ihnen bedanken darf, dass ich das Wort übernehmen darf, aber ich mache es mal und freue mich sehr, dass wir die Debatte heute hier gemeinsam führen dürfen. Ich versuche, es so kurz wie möglich zu machen. Der European Green Deal – das hatte ich in der Einleitung angekündigt – hat aus meiner Sicht, so hoffe ich zumindest, einen Mehrwert für Berlin. Er hat ihn in jedem Fall, was die Strukturen und die Verbindlichkeiten angeht. Wir haben es bei Herrn Thürmer von der BSR gehört, Sie sind nicht nur durch den European Green Deal, aber mit dem Green Deal total motiviert, das auch in der BSR anzupassen und umzusetzen. Man muss sagen, Sie sind seit Jahrzehnten da sehr engagiert. Das ist auch ein Kompliment an Sie. Ich habe aber zugleich bei Ihnen klar herausgelesen, dass Sie ein paar Herausforderungen empfinden, insbesondere – da sind wir wieder beim Thema der Finanzierung – beim Geld. Deswegen ist die Frage an den Senat – Sie haben angekündigt, Frau Staatssekretärin, was mich sehr freut, dass da auch eine Akquise-Stelle geschaffen wird –: Was glauben Sie denn, für uns, für Berlin, rausholen zu können? Wo sehen Sie die größten Möglichkeiten, aber wo sagen Sie auch, das werden wir vom European Green Deal nicht gedeckt bekommen, das sind ungedeckte Checks, die wir selbst auffüllen müssen?

An alle Anzuhörenden noch die Frage: Was erwarten Sie eigentlich vom Senat? Was erwarten Sie vom Berliner Abgeordnetenhaus? Herr Thürmer hat es ein bisschen formuliert, nämlich die Frage der Zero-Waste-Agentur: Gibt es dafür einen Zeitplan, die umzusetzen? Wenn es die Finanzierung noch nicht gibt, gibt es zumindest einen Zeitplan bzw. kann es perspektivisch eine finanzielle Unterstützung geben?

Herr Dr. Löwe! Ganz kurz: herzlichen Dank, dass Sie das so konkret heruntergebrochen haben. Ich glaube, das hilft uns auch im Verständnis. Was für ein Potenzial sehen Sie denn für Berlin? Was können wir aus Berlin heraus noch tun, um den European Green Deal hier vielleicht bekannter, transparenter und fassbarer zu machen? – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Freymark! – Jetzt ist Herr Lux an der Reihe. – Bitte!

Benedikt Lux (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, dass Sie dieses Thema angemeldet haben! Ich glaube, es ist wichtig, dass wir auch im Berliner Abgeordnetenhaus darüber reden, wie wichtig der Impuls Green New Deal auf europäischer Ebene ist. Der zieht sich durch alle Sektoren. Ich würde mir wünschen, dass auch die Kollegen aus Ihrer Fraktion zum Beispiel im Verkehrsbereich, wenn es um den Autobahnausbau oder die Verlängerung der Fahrtzeit von Dieselstinkern, Ihre Worte, die Sie hier finden, beherzigen und gemeinsam mit uns daran arbeiten würden, dass der Green Deal besser geht. Auch in der Frage der Taxonomie, wo das Europäische Parlament der Kommission einen Riegel vorschiebt, haben wir ein gemeinsames Interesse daran, dass die Atomkraft oder kurzfristig unnachhaltige Energieträger wie Gas ein schnelleres Ende finden. Wir wollen ja auch ein bisschen eine Debatte haben.

Zweiter Punkt: Berlin soll profitieren, aber die Idee des Green Deal ist es, einen Riesenbeitrag zur Erreichung der Pariser Klimaschutzziele zu leisten. Die Erde insgesamt ist bedroht. Deswegen wäre meine Frage an Herrn Dr. Löwe: Könnten Sie uns vielleicht skizzieren, wie bei der Fördersystematik einerseits darauf geachtet wird, das Prinzip der Repräsentation der Mittel, sprich einer Verteilung möglichst EU-weit, aber andererseits ein möglichst großer Impact für unsere Natur, für unsere Umwelt, abgewogen und evaluiert wird? Ein praktisches Beispiel: Gibt es irgendwo besonders große Effekte, um CO₂ einzusparen, eine besonders große Hebelwirkung, etwa im Klimaschutzbereich, natürlicher Klimaschutz, weil man irgendwelche Riesenmoore wieder bewässert oder Wälder aufforstet? Ich weiß es schlicht und ergreifend nicht, wo Sie da den größten CO₂-Hebel sehen. Daran hätte ich als Berliner durchaus auch ein Interesse, dass da, wo die größten Effekte zu erzielen sind, auch das Geld ausgegeben wird. Ich hatte vorhin den Eindruck, Herr Dr. Löwe, Sie hätten uns mehr zu erzählen, wie Berlin seine Fördermittel besser in Anspruch nehmen kann, und es wäre meine Frage an Sie, welche Tipps Sie für uns als Regierungskoalition, aber auch an die Verwaltung – da auch die Frage an Sie, Frau Staatssekretärin – hätten, wie wir uns noch besser aufstellen können, um Fördermittel besser abzurufen. Hier gerne noch nähere Ausführungen!

Nächster Punkt an Herrn Thürmer, BSR: Die Zero-Waste-Agentur steht im Koalitionsvertrag, und die Koalitionsfraktionen haben gestern einen Haushalt beschlossen, der mit dem entsprechenden Änderungsantrag der Mittel für die Senatsumweltverwaltung in Höhe von etwa 1,5 Millionen Euro die Einrichtung einer Zero-Waste-Agentur spätestens in 2023 vorsieht. Es freut mich, dass wir die frohe Botschaft verkünden dürfen. Das war uns als Grüne und als Koalition ein wichtiges Anliegen, dass das noch finanziert wird. Da muss man sich auch bei den Steuereinnahmen bedanken, die wir kurzfristig haben. Deswegen ist die Frage umso wichtiger, wie wir einen großen Mehrwert mit der Zero-Waste-Agentur erzielen. Ist die BSR dazu in der Lage und vorbereitet, eine solche Agentur als Landesunternehmen zu führen? Gibt es einen Austausch mit der sehr erfolgreich laufenden Regenwasseragentur, die wir in den letzten fünf Jahren bei den Berliner Wasserbetrieben eingeführt haben? Was ist Ihr Konzept dafür, dass es eine hohe CO₂-Einsparung und auch eine hohe Preiseinsparung durch eine Zero-Waste-Agentur gibt? Was brauchen Sie an Unterstützung, vielleicht auch an Gesetzesänderungen, zusätzlich, damit diese schnell eingeführt werden kann? Gibt es Beispiele in anderen Bundesländern oder europaweit, wo eine Zero-Waste-Agentur bei Local Utilities, bei einem Landesunternehmen der Form, geführt wird? Was ist, wenn es Zielkonflikte gibt? Ich habe gerade herausgehört, dass Sie von einer drohenden CO₂-Bepreisung sprechen. Ich würde sagen, ich erwarte eine CO₂-Bepreisung, erst recht in der Müllverbrennung, und erst recht erwarte ich von einer Zero-Waste-Agentur, dass sie bei 570 000 Tonnen Berliner Hausmüll, der

in Ruheleben verbrannt wird, genau draufschauen wird und dann auch kritisch gegenüber den Profiteuren – das sind am Ende auch wir als Land, da sitzen wir in einem Boot – draufschauen können, ob es nicht besser ist, den Müll im Sinne der Circular Economy und eines geringeren CO₂-Ausstoßes anders anzulegen. Da hätte ich schon die Frage, ob es nicht sinnvoller wäre, noch mehr CO₂ zu vermeiden, noch mehr Rohstoffe rauszuholen. Wir haben nicht nur eine Klimakrise, sondern auch eine Rohstoffkrise. Da würde mich interessieren, wie Sie mit einer Agentur, die möglichst selbstständig arbeiten soll, umgehen würden. – Danke schön! Entschuldigen Sie die Länge, Herr Vorsitzender!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Lux! – Frau Lerch, Sie haben das Wort!

Nina Lerch (SPD): Danke, Herr Vorsitzender! – Guten Morgen auch von mir! Viele Sachen sind schon genannt worden. Mich würde interessieren – die Frage geht vor allem an Herrn Mund –: Sie sprechen von der Transformation von Gas zu Wasserstoff. Können Sie uns sagen, wo innerhalb der EU Wasserstoff hergestellt werden könnte/sollte? Welche Pläne gibt es dazu, bzw. von wo könnte er importiert werden? Wo sehen Sie Strecken, und wie wären die Transportwege? Wird der Fachkräftemangel auf der EU-Ebene diskutiert – wir sprechen oft über den eklatanten Fachkräftemangel –, oder gibt es EU-seitig Programme oder Ideen, das aufzufangen oder zu steuern? Das war es schon. – Danke!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Lerch! – Frau Gennburg wäre als Nächste an der Reihe.

Katalin Gennburg (LINKE): Vielen Dank! – Auch ich möchte mich sehr bedanken, dass die CDU diesen sehr wichtigen Punkt angemeldet hat. Ich glaube allerdings auch, dass das nur der Anfang einer Debatte sein kann, denn wir sehen, dass diese Verhandlungen auf der EU-Ebene für uns sehr weitreichende Konsequenzen haben können. Deswegen ist es auch richtig, dass wir das in allen Bereichen beleuchten. Ich hoffe auch, dass wir dieses Thema auch in anderen Ausschüssen ausgiebig besprechen werden. – Ich will kurz vorweg schicken, dass wir schon jetzt hier im Ausschuss sehen, dass die CDU das Thema anmeldet und darauf verweisen möchte, dass sie das gerne als ihr Thema auf der EU-Ebene claimen möchte. Demgegenüber muss man schon sagen, dass die Auseinandersetzungen, die auf der EU-Ebene laufen – Herr Lux hat schon auf den Taxonomie-Streit abgehoben –, richtig grundlegend sind. Das sind genau die Themen, die uns jetzt in der Frage, wie wir die Klimakrise lösen wollen, grundlegend begleiten. Insofern ist es auch richtig, den Streit zu führen und sich darüber auseinanderzusetzen, wie wir diese Diskussion auf der EU-Ebene hier in Berlin begleiten wollen und wie wir da im Prinzip über die Ebenen hinweg zusammenarbeiten.

Meine Frage an die Anzuhörenden ist – erst einmal vor allem an die Senatsverwaltung, aber auch an die anderen Anzuhörenden –, inwiefern mit den Regulierungen, die jetzt vorgesehen sind, ein Ausbau des öffentlichen Sektors einhergeht. Wir sehen, dass der Green Deal im Sinne eines Wirtschaftsmotors für die Klimawende diskutiert wird – das ist so eine Frage. Wir halten es ja nicht so. Wir finden die Marktregulierung nicht so vertrauenswürdig, wenn es darum geht, gesellschaftliche Krisen zu lösen. Meine Frage ist tatsächlich, wie es mit dem Ausbau des öffentlichen Sektors aussieht: Was ist da konkret in Aussicht gestellt?

Die Frage, die zum Beispiel von der BSR, von Herrn Thürmer, aufgemacht wurde, der Gebühren: Die Gebührenfrage ist ganz irdisch, weil wir dort sehen, wie am Ende die Zukunfts-

fähigkeit zulasten der Verbraucherinnen und Verbraucher durchgestellt wird. Zukunftsfähigkeit und Innovation sind sehr wichtig, aber die Belastungen der Menschen sind, in Zeiten der Inflation erst recht, nicht akzeptabel. Insofern ist die Frage, wie diese Gebührenpolitik diskutiert wird. An die Senatsverwaltung die Frage: An welcher Stelle werden wir uns als Landesparlament mit der Frage der sozialökologischen Transformation mit Blick auf die Gebührenpolitik auseinandersetzen?

Die Frage der Taxonomie – das hat Herr Lux schon ein Stück weit vorweggenommen –: Da will ich noch einmal nachbohren, nicht nur weil ich gerne den Streit führen möchte, sondern weil es mich wirklich interessiert. Die Taxonomie ist ein Stück weit das Herzstück des Green Deals; die Bedeutung ist sehr hoch. Jetzt sind diese Verhandlungen auf der EU-Ebene gescheitert. Die CDU möchte gerne Gas und Atom als umweltfreundlich markieren. Wie geht es da weiter? Da würde mich interessieren, welche Haltung der Senat dazu hat.

Dritte Frage an Herrn Mund vom BDEW – Die Klimaziele im Gebäudesektor –: Sie haben kürzlich dazu eine Studie vorgelegt, das hat uns sehr interessiert. Da würde mich interessieren, wie hoch die Sanierungsrate sein müsste und welchen Technologiemark Sie vorschlagen, damit wir dort vorankommen? Herr Taschner hat es gesagt, der Gebäudesektor ist sehr wichtig.

Vierte Frage an Herrn Thürmer von der BSR – noch einmal konkret die Planung: Wir sprachen auch von Residualemissionen, und da ist eine große Frage, welche Perspektive wir nach den Jahren 2030, 2040, 2050 aufmachen. Wir müssen irgendwie eine Choreografie entwickeln; irgendwie müssen wir wissen, wo die Reise hingeht. Welche Investitionen sind in den Residualemissionen der Abfallwirtschaft nötig? Nur wenn wir wissen, was wir in den nächsten 50, 60 Jahren erreichen wollen, analog zum Green Deal, können wir das auf der Berliner Ebene diskutieren und planen.

Zum Umbau der BSR-Flotte würde mich auch interessieren – Wasserstofffahrzeuge –, ob es ein Wasserstoffkonzept gibt. Wie wird, wenn man umstellt, die Wasserstoffversorgung sichergestellt? Mich würde noch – Herr Thürmer, Sie haben das in einem Nebensatz gesagt – interessieren: Wir waren gestern bei der BSR und haben Ihre Kollegin Frau Otto kennengelernt. Da war das Thema Tegel kurz Thema. Ich bin auch Sprecherin für Stadtentwicklung, ich kenne mich also mit den Planungen in Tegel sehr gut aus. Ich meine, wir haben den Green Deal auf der europäischen Ebene, dann das Senatshandeln und die vorrausschauende Planung auf Berliner Ebene und dann das konkrete Projekt Tegel: Sagen Sie doch mal, was da passieren müsste. Ich würde mich sehr freuen. – Danke!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Gennburg! – Jetzt hat sich Herr Freymark gemeldet. – Bitte!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich will nur kurz erwidern, weil ich mich ein bisschen über den Beitrag von Frau Gennburg wundere, dass Sie vielleicht bei dem Lob am Anfang für den Besprechungspunkt hätten bleiben sollen, aber Sie haben sich dann dafür entschieden, uns noch einmal, warum auch immer, mit einer vermeintlichen Haltung, die wir haben, zu konfrontieren. Deswegen erlaube ich mir kurz den Einwurf, dass wir nicht für Atomenergie sind. Ich halte auch den Ausstieg für richtig und bin sehr dankbar dafür, dass es so entschieden wurde. Zugleich sehen wir, dass es eine Debatte zur Versor-

gungssicherheit gibt. Die respektieren wir, aber als CDU-Fraktion haben wir keinerlei Absicht, die Atomenergie, die es in Berlin zum Glück so auch nie gab, irgendwie nutzbar zu machen, dass das noch einmal klargestellt ist. Meine Bitte für die Ausschussarbeit ist generell, wenn wir Anzuhörende und ein konkretes Thema haben, dass wir uns möglichst daran orientieren. Ich glaube, das ist für alle ganz hilfreich.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Freymark! – Bevor die Diskussion über die Atomenergie losgeht, würde ich das Wort Herrn Reifschneider und dann an die Anzuhörenden erteilen. – Bitte, Herr Reifschneider!

Felix Reifschneider (FDP): Vielen Dank! – Ich mache es ganz kurz. Ich habe nur eine Nachfrage dazu – weil es im Wohnungsbaubündnis eine Rolle gespielt hat –, energetische Sanierung im Milieuschutzgebiet zu erleichtern oder zu begünstigen: Könnte sich der Senat dazu bitte äußern, was da konkret geplant ist? – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Reifschneider! – Jetzt machen wir mit den Antworten der Reihenfolge Herr Mund, Herr Thürmer und dann der Senat weiter. – Herr Mund, bitte!

Moritz Mund (BDEW e.V.): Vielen Dank! – Ich habe eine ganz lange Liste an Fragen – danke dafür! –, ich hoffe, ich habe auch entsprechend Zeit, darauf zu antworten. Ich versuche, alles ein bisschen abzuarbeiten, aber ich kann nichts versprechen. Vielleicht bei der Frage zum Thema Gebäude angefangen: Die Frage nach den Förderprogrammen wurde größtenteils schon beantwortet. Ich glaube, grundsätzlich ist es da klar, dass das Thema Gebäudesanierung öffentlich unterstützt werden muss. Wir sehen national das Thema Bundesförderung effiziente Gebäude. Das ist aus unserer Sicht ein sehr wichtiger Aspekt. Europäisch will ich nicht die schon genannten Förderprogramme wiederholen, vielleicht nur ein Hinweis: In dem Kontext hätten wir uns gewünscht, dass man auf europäischer Ebene bei den Diskussionen zum Thema Emissionshandel für den Bereich Gebäude und Straßenverkehr – das wurde von der Kommission vorgeschlagen, aber ist zumindest im Parlament auf nicht besonders viel Gegenliebe gestoßen – mehr die Chancen gesehen hätte, gerade auch für das Thema Finanzierung. Es wurde schon von Frau Bentele angesprochen, Thema CO₂-Bepreisung, das funktioniert gerade im Bereich Strom sehr gut, da hatten wir schon eine große Emissionsreduktion. Wir haben vor allem den großen Vorteil, dass Mitgliedsstaaten aus der Versteigerung von Zertifikaten Geld bekommen, was dann wieder verwendet werden kann, um die Gebäudesanierung zu unterstützen, gerade für diejenigen, die es nötig haben. Da hätte es die Möglichkeit gegeben und gibt es vielleicht noch, auf europäischer Ebene das Thema ein bisschen stärker in den Vordergrund zu rücken.

Dann gab es eine Reihe von Fragen zum Thema Gas, Wasserstoff und wie da die Transformation gelingen kann. In Bezug auf den Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur: Aus unserer Sicht ist das am Ende eine Mischung. Wir werden sicherlich, gerade da, wo man jetzt schon früh Wasserstoff hat, zum Teil auch mit parallelen Infrastrukturen arbeiten müssen, um schnell Netze aufzubauen, aber gerade in Deutschland gibt es ein weitverzweigtes Fernleitungs- und Verteilernetz. Das komplett aufzugeben und eine Parallelinfrastruktur aufzubauen, wäre aus unserer Sicht nicht effizient. Daher sehen wir in großen Teilen schon die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit darin, bestehende Netze, die heute mit Erdgas betrieben, wo Erdgas durchgeleitet wird, umzurüsten. Zum Teil ist das technisch schon möglich, zum Teil müssen

die ein bisschen angepasst werden, dass perspektivisch Wasserstoff durchfließen kann, wenn er dann da ist.

In dem Kontext ist auch die Frage zum Betrieb der Wasserstoffnetze sehr wichtig. Ich hatte das in meinem Anfangsstatement schon angerissen, dass wir hier große Sorgen haben, was die Vorstellungen der Kommission angeht, wie das zukünftig geregelt werden soll. Aus unserer Sicht spielen bei der Transformation die heutigen Gasnetzbetreiber die zentrale Rolle. Die betreiben heute schon die Gasnetze, die wissen wie es läuft. Die wollen ihre Netze auch zukunftsfähig machen und zu Wasserstoffnetzen umrüsten. Deswegen müssen sie diese auch betreiben dürfen und sollten nicht, wie in den Vorschlägen der Kommission im Rahmen des Gasbinnenmarktpakets vorgeschlagen, „gezwungen“ werden, die Wasserstoffnetze abzustoßen, wenn sie gleichzeitig auch noch zum Teil Gasnetze betreiben.

Zum Thema des Anschlusses an den Hydrogen Backbone, wie kann das gemacht werden? – Auch da geht es viel um die Frage, wie die zukünftige Wasserstoffregulierung aussieht. Das ist, wie gesagt, auf europäischer Ebene noch in der Diskussion. Da ist aus unserer Sicht wichtig – das gilt für den Anschluss des Landes Berlin wie insgesamt –, dass die Regeln so ausgestalten werden, dass die Gasnetzbetreiber Anreize haben, dass sich das lohnt, umzurüsten. Die zweite große Bedingung ist, dass der Wasserstoff tatsächlich verfügbar ist, dass wir in den nächsten Jahren massiv in den Aufbau von Elektrolyseuren zur Herstellung von erneuerbaren Wasserstoff investieren. Da wird das Potenzial in Berlin selbst wahrscheinlich nicht so groß sein, aber deshalb ist die Zusammenarbeit mit anderen Regionen wichtig, wo mehr Windkraftpotenzial und Überschussstrom oder insgesamt Strom vorhanden ist, der dann genutzt werden kann.

Welche Ziele gibt es, was den Wasserstoffhochlauf angeht, auf EU-Ebene? – Hier hat die Kommission im Mai noch einmal nachgelegt, gerade im Kontext des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine, wo man sich zum Ziel gesetzt hat, so schnell wie möglich unabhängig von russischen fossilen Energieimporten zu werden. Das heißt, die Kommission will bis 2030 erreichen, dass wir in der EU 10 Millionen Tonnen erneuerbaren Wasserstoff produzieren und noch einmal dieselbe Menge aus Drittstaaten importieren. Das ist sehr ambitioniert. Auch da ist gerade die große Frage der Regulierung in der EU, was die Bedingungen sind. Wann darf erneuerbarer Wasserstoff hergestellt werden? Hier ist unser Appell immer, dass das Ganze gerade zu Beginn, gerade jetzt, wo wir einen Wasserstoffhochlauf starten wollen, pragmatisch ausgestaltet ist. Klar, wir brauchen Kriterien, aber keine, die den Wasserstoffhochlauf ausbremsen.

Das heißt, wir sehen viel Potenzial in der EU, wir sehen auch Potenzial in Deutschland – Offshore, aber auch am Land. In der EU sehen wir vor allem da Potenzial, wo entweder besonders viel Sonne scheint, im Süden, oder besonders viel Wind weht, im Norden, um dann einen Wasserstoffbinnenmarkt in der EU zu haben, gleichzeitig in Drittstaaten auch dort, wo die Potenziale für die erneuerbaren Energien besonders hoch sind, um dann den Wasserstoff teils mit Umrüstung bestehender Gasinfrastruktur, auch hier per Pipeline, nach Europa oder über Schiffe in Form von Wasserstoff oder Wasserstoffderivaten wie Ammoniak zu bringen. Das heißt, das ist eine relativ breite Strategie, die die Kommission hier verfolgt, die auch notwendig ist, um die Mengen an Wasserstoff schnell auf den Markt zu bekommen.

Inwiefern ist die Siedlungsabfallverbrennung nachhaltig? – Da will ich gleich den Kollegen etwas dazu sagen lassen, aber ganz kurz: Ich habe es schon gesagt, für die Dekarbonisierung der Fernwärme brauchen wir am Ende einen Technologiemic. Die Abwärme aus der Abfallverbrennung spielt da schon eine Rolle. Inwiefern das nachhaltig ist, kommt letztendlich darauf an, was für Abfall ich verbrenne. In der EU ist das in den EU-Regularien relativ klar geregelt. Wir haben die Bedingung, dass die Abwärme unvermeidbar sein muss, wir haben die Bedingung, wenn wir es als erneuerbar anrechnen lassen wollen, dass es sich um biogene Abfallstoffe handeln muss, aber ich glaube, in dem Moment, wo wir unvermeidbare Abfälle haben, die nun mal verbrannt werden müssen, ist es nur effizient, das Ganze als Abwärme zu nutzen.

Auch im Kontext der Dekarbonisierung der Fernwärme: Ja, das Thema Geothermie spielt auch eine Rolle. Wir sehen in anderen Teilen Deutschlands, insbesondere im Süden, dass es da zum Teil große Potenziale gibt. Das mag in Berlin ein bisschen anders sein. Nichtsdestotrotz sehen wir auch da die Notwendigkeit, Potenziale zu suchen und zu erschließen. Wie groß die am Ende genau sind, kann ich zu dem Zeitpunkt nicht sagen. Wir sind auch der Verband der Wasserwirtschaft. Da kann man nicht unter den Tisch kehren, dass es da gegebenenfalls Risiken gibt, die man beachten muss. Es ist aber klar, das ist ein Potenzial, was man für die Dekarbonisierung der Fernwärme nicht ausschließen sollte, weil wir da Wärme haben, die genutzt werden kann und keine CO₂-Emissionen ausstößt.

Das Thema Elektromobilität, was es da an Regeln von EU-Seite gibt: In der Tat gibt es zum Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur auch eine Verordnung der Kommission, die Ziele für die Mitgliedsstaaten vorschreibt. Das richtet sich auch hier eher an die Mitgliedsstaatenebene als die supranationale Ebene. Da soll zukünftig stärker auf dynamische Ziele Wert gelegt werden, die sich daran orientieren, wie viel E-Fahrzeuge tatsächlich zugelassen sind. Da ist das Ziel oder zumindest der Vorschlag der Kommission ein Kilowatt pro zugelassenem E-Fahrzeug und 0,66 Kilowatt pro zugelassenem Hybridfahrzeug. Diese dynamische Zielvorgabe ist grundsätzlich etwas, was wir als sinnvoll erachten. Was aus unserer Sicht ein wichtiger Punkt ist, wenn es um die Ladeinfrastruktur geht, ist die Frage, wie viel öffentliche Ladeinfrastruktur wir brauchen und wie viel Laden im Privaten passiert. Da sehen wir klar, dass das Laden in Zukunft mehrheitlich im Privaten – sei es Zuhause, sei es auf Arbeit – passieren wird und nur zu einem relativ geringen Prozentsatz im öffentlichen Raum. Während es wichtig ist, im öffentlichen Raum die Ladeinfrastruktur auszubauen, ist es gleichzeitig auch wichtig, dass das Ganze bedarfsgerecht ist, sodass es sich bei der Infrastruktur auch lohnt, die zu betreiben. Da will die EU auch Vorgaben machen, dass bei privaten Gebäuden die Voraussetzungen für die Elektromobilität geschaffen werden, indem in der Richtlinie für die Energieeffizienz von Gebäuden die Vorverkabelung für alle neuen und renovierten Gebäude ab drei Stellplätzen für Privat- und fünf für Nichtwohngebäude zur Pflicht wird, um auch im privaten Bereich Anreize zu setzen.

Fachkräftemangel: Ja, das ist ein ganz wichtiges Thema. Ich glaube, die EU versucht, sich dem anzunehmen. Am Ende ist das ein Problem, was schon auf nationaler Ebene sehr schwer zu lösen ist und von EU-Ebene dementsprechend noch schwerer zu lösen ist. Es wird da vereinzelte Vorgaben geben, dass sich die Mitgliedsstaaten dem annehmen, das ist sicherlich positiv und wichtig, aber ich glaube, das Problem wird wahrscheinlich nicht von der EU gelöst, sondern es muss auf den tieferen Ebenen der Subsidiarität angegangen werden, dass die

Gebäuderenovierung, auch die Installation von klimaneutralen Wärmesystemen, schneller vonstattengehen kann.

Bei der Verkehrsfrage muss ich zugegeben, dass das nicht das Spezialgebiet des BDEW ist. Zum Thema Bahnverkehr würde ich deshalb nichts sagen, damit ich nichts Unqualifiziertes sage. – Wenn ich auf meine Liste schaue, habe ich die Fragen hoffentlich größtenteils abgearbeitet.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Mund! – Herr Thürmer, Sie sind an der Reihe!

Andreas Thürmer (BSR): Es waren einige Fragen an mich. Ich versuche, dass ein bisschen thematisch zusammenzufassen. Ich fange mit etwas an, was mich sehr freut. – Vielen Dank, Herr Lux, für die Information, dass für die Zero-Waste-Agentur entsprechende Mittel eingestellt sind. Das war mir persönlich nicht bekannt, aber umso besser, dass es so ist. Es ist auch deshalb umso besser, weil wir gerade gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Umwelt eine Studie angestoßen haben, um noch im Laufe dieses Jahres zu definieren, was die Rolle dieser Zero-Waste-Agentur sein soll. Wie statuen wir sie aus, damit sie überhaupt funktionieren kann und wenn dafür per se schon einmal Mittel vorhanden sind, dann ist das eine gute Absprungbasis. Wir haben selbstverständlich einen engen Kontakt zur Regenwasseragentur. Das ist ein gutes Vorbild, wie man so etwas aufziehen kann, und wir werden zumindest organisatorisch, denke ich, einiges von dem, was eine Regenwasseragentur ausmacht und was sie leistet, übernehmen können. Natürlich haben wir ein bisschen andere Themenfelder, müssen die auch anders ausstatten, aber wir sind in engem Kontakt, und wir werden das auch hier so zur Diskussion bringen.

Sie hatten vorhin das Thema Zielkonflikte, und da kommen wir vielleicht schon zu dem Komplex energetische Verwertung –: Ich persönlich sehe den Zielkonflikt nicht, ich habe vorhin auch nicht gesagt, dass ich die CO₂-Bepreisung per se schlecht finde. Es muss uns nur klar sein, wenn so etwas kommt, dann bedeutet das zunächst einmal höhere Kosten. Wir haben das auch einmal berechnet: Das bedeutet etwa 6 Millionen Euro höhere Kosten, die wir an die Gebührenzahler weitergeben werden müssen, weil wir auch nicht zaubern können. Das sind in etwa zwei Prozent Tarifsteigerung, die man damit verbunden hat. Die Frage ist nur, wenn man so etwas macht, ob das auch in die Richtung führt, die man sich vornimmt, dass man da entsprechend weniger tut. Das muss man dann noch diskutieren. Das war die eine Geschichte.

Die Rolle der energetischen Verwertung: Ich will noch einmal klar sagen, dass es uns überhaupt nicht darum geht, so viel wie möglich zu verbrennen. Wir stehen ohne Wenn und Aber hinter den Zielen, die das AWK formuliert hat. Wir selbst streben danach, dass wir die fünfstufige Abfallhierarchie über Abfallvermeidung nach vorne bringen. Wir haben einen eigenen Bereich gegründet, der das Thema Re-Use als Geschäftsfeld innerhalb der BSR aufbauen soll. Das ist uns schon ein großes Anliegen, aber wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass selbst wenn dieses Ökoszenario 2030 eintritt, was wirklich ambitioniert ist, werden wir immer noch wesentlich mehr Abfälle haben – unter Berücksichtigung von Sekundärabfällen –, die man nicht anders sinnvoll verwerten kann als energetisch. Dafür brauchen wir eine vernünftige Lösung. Das wird auch unsere heutigen Kapazitäten immer noch übersteigen. Deswegen gibt es an der Stelle keinen wirklichen Zielkonflikt, wenn man sich Gedanken darüber macht, wie eigentlich eine vernünftige energetische Verwertung aussieht, wie man die Energie im

Sinne von Wärme auch für Berlin nutzen kann, was wir heute nicht durchgängig tun. Das steht überhaupt nicht dem entgegen, dass wir die Kreislaufwirtschaft so umbauen wollen, dass wir die oberen Ebenen voranbringen. Erfahrungsgemäß dauern solche Prozesse lang. Wir erzeugen die Abfälle nicht, wir müssen mit unseren Bürgerinnen und Bürgern in Berlin arbeiten und müssen diesen Umbau dann langfristig begleiten. Das will ich sagen.

Dann hatten wir den Komplex Finanzierung und Gebühren. Was den Finanzierungsbedarf der BSR angeht: Sehen Sie es mir nach, dass ich hier keine genauen Zahlen nennen kann, aber wir können vier Komplexe aufmachen, die damit zu tun haben. Wir haben vorhin Fahrzeuge angesprochen. Das ist ein stetiger Investitionsbedarf. Der Fuhrpark wird dauernd erneuert, und es geht hier eigentlich darum, wie viel mehr an Investitionsbedarfe wir dadurch erzeugen, dass wir diesen Umbau in Richtung Elektromobilität machen. Das betrifft dann nicht nur die Fahrzeuge an sich, sondern auch die Infrastruktur. Wir müssen unsere Standorte völlig neu ausstatten, damit wir in der elektromobilen Leistungserfüllung das auch im Zweischichtbetrieb tun können, in der Reinigung usw. Das muss man bemessen. Das können wir, glaube ich, gut beherrschen, wenn wir über eine längere Zeit Fördermittel in Anspruch nehmen können, weil wir gerade bei den Spezialfahrzeugen von einem doppelt so hohen Preis gegenüber konventionellen Fahrzeugen sprechen. Das bekommst du nicht über effizienteres Fahren weggedrückt, da muss man schauen, dass man über Fördermittel den Investitionsbedarf, der über das Normale hinausgeht, in Grenzen hält.

Wir haben den Komplex Gebäude. Da ist es bei der BSR so: Wir haben tatsächlich einen Nachholbedarf an unseren Standorten, und wir werden natürlich die Chance nutzen, bei neuen Gebäuden, bei zu sanierenden Gebäuden die so auszustatten, dass sie den Ansprüchen, die wir alle haben, auch genügen. Allein dieser Komplex wird mit Sicherheit dreistellige Investitionsbedarfe erzeugen.

Wir haben den großen Bereich Anlagen, auch da wird einiges anstehen. Da kann man auch davon ausgehen, dass man sicherlich einen dreistelligen Betrag in die Zukunft investieren muss, um diesen Umbau der Verwertung usw. voranzutreiben.

Der vierte und letzte Komplex ist – ich weiß gar nicht, ob man das unter Investition zählt –, dass wir dabei sind, neue Leistungen an den Start zu bringen, die schlicht und einfach Geld kosten. Ein Beispiel: Sie kennen vielleicht alle diese Sperrmüllaktionstage, die wir angefangen hatten. Wir haben in der nächsten Gebührenperiode vor, dass wir den Bezirken ein Kontingent von diesen Sperrmüllaktionstagen, die im Übrigen sehr gut angenommen werden und auch dem Thema Wiederverwendung dienen können, kostenlos anzubieten, um diese Hürde: Ich muss als Bezirk irgendetwas bezahlen, und dann kaufe ich es nicht ein –, abzumildern. Das versuchen wir im Rahmen der Gebührenstetigkeit herzustellen, aber auch das hat seine Grenzen. Die NochMall hatte ich vorhin angesprochen, das ist eine neue Leistung. Das ist nichts, was sich heute selbst tragen kann. Es muss uns etwas wert sein, wenn wir die Dinge im Kreislauf halten und sie eben nicht zu Abfall werden. Das sollte uns zumindest so viel wert sein, dass eine Tonne Material, das im Kreislauf gehalten wird, so viel kosten darf, wie eine Tonne Abfall, die ich erzeuge. Dieses Bewusstsein müssen wir erst einmal erzeugen, und das wird sich dann ein Stück weit auswirken.

Die Gebührenmodelle schließe ich daran an. Selbstverständlich ist unser Bestreben, dass wir durch das, was wir vorhaben, keine übermäßigen Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger erzeugen. Es ist auch nicht so, dass das im hohen Maß erwartbar ist. Man muss es zu dem in Relation stellen, was ein einzelner Haushalt tatsächlich aufwenden muss. Ein durchschnittlicher Haushalt zahlt für alle Leistungen der Abfallwirtschaft pro Jahr etwa 140 Euro. Man redet immer von prozentualen Bewegungen, aber wir bewegen uns auch in einem Feld von relativ geringen absoluten Kosten pro Haushalt, die diese Leistung, die wir erbringen, ausmachen. Deswegen darf man da auch mal darüber diskutieren, ob es auch mal 5 Euro mehr sein dürfen,

wenn dahinter tatsächlich Leistungen stehen, die für alle eine Bedeutung haben oder diesem Umbau dienen. Dafür würde ich zumindest werben.

Dann war noch die Frage in Bezug auf die Gebühren, ob eine gewichtsbezogene Abrechnung Sinn ergibt. Man muss klar sagen: Wir hatten eine Gebührenstudie zur Abfallwirtschaft gemacht, und die kurzfristige Perspektive ist, dass unser derzeitiges Modell, was wir anbieten, eigentlich gut ist, auch im Sinne der Förderung von Abfallvermeidung, dass es eine Perspektive sein kann, in diese Richtung zu gehen. Worauf man aber achten muss, wenn man in solche Richtungen geht, ist erst einmal der Aufwand, den man auch abbilden muss, der das ganze System teurer macht, wenn man es so tut, und zweitens zeigen Erfahrungen aus anderen Bereichen, dass der Abfall nicht einfach verschwindet, wenn ich es gewichtsbezogen mache, sondern er landet in anderen Behältern, wo sie eigentlich gar nicht hinsollen. Wenn du dann einen Behälter hast, der dich nichts kostet, und einen Behälter, der dich gewichtsbezogen etwas kostet, dann haben wir zumindest in der Wohnsituation, die wir in Berlin häufig antreffen, ein großes Risiko, dass unsere getrennt gesammelten Fraktionen dadurch nicht besser werden, sondern schlechter.

Schon heute haben wir viele Probleme mit Qualitäten, was bestimmte Wohnsituationen angeht, dass man mit dem getrennten Abfall auch das machen kann, was man sich vorgenommen hat. Nehmen wir das Beispiel Bioabfall: Wenn der stark vermüllt ist, ist die landwirtschaftliche Verwertung nicht mehr möglich, dann wird die ganze Sammlung sinnlos. Man muss aufpassen, ob man die Qualität, die man braucht, auch halten kann, damit man die getrennten Fraktionen auch verwerten kann. Vor diesem Hintergrund muss man das betrachten.

Jetzt möchte ich noch zwei Punkte aufgreifen. Es gab die Frage, wie die Situation bei den Spezialfahrzeugen aussieht und was wir beim Thema Wasserstoff planen. Pkws sind, wie gesagt, kein Problem, da haben wir schon 100 Prozent im Einsatz. Da ist eher die Infrastruktur das, was wir uns anschauen, wie das weitergeht. Bei Kehrfahrzeugen setzt sich mehr und mehr die Elektrifizierung durch. Die halten mittlerweile tatsächlich die Schichten durch. Es ist sogar so, dass unsere Fahrer sagen: Könnt ihr bitte dafür sorgen, dass ich nie mehr etwas anderes fahren muss? –, weil diese Fahrzeuge einfach leiser und für die Leute auch besser zu fahren sind. Das ist ein Prozess, den man auch auf der IFAT gesehen hat, wie hoch das Maß an Elektromobilität mittlerweile ist. Es ist schon erstaunlich, was da in vier Jahren passiert ist. Da geht es auch stark voran.

Müllfahrzeuge haben immer das Problem der Zuladung, die muss auch effektiv sein. Wenn das Fahrzeug mit einer Batterie voll ist, dann kann man leider keinen Müll einladen, was dann auch keinen Sinn mehr ergibt, aber auch da schreitet die Technik voran. Wir sind beim Wasserstoff bei Müllfahrzeugen ein Stück weit ein Pionier. Da müssen wir manchmal unsere operativen Einheiten mit Engelszungen bereden, dass sie es nicht gleich ablehnen, wenn es nach zwei Stunden leider wieder auf den Hof rollt, weil der Wasserstoff noch nicht funktioniert. Es ist wirklich ein sehr neues Thema für den Nutzfahrzeugbereich. Wir sind aber im Kommunalfahrzeugbereich, gerade bei Müllfahrzeugen, der größte Abnehmer in Deutschland, was diese Fahrzeuge angeht. Deswegen sind wir gemeinsam mit den Herstellern daran, das voranzubringen. Ob Wasserstoff im Nutzfahrzeugbereich diese dominierende Rolle spielen wird, kann ich im Moment noch nicht sagen. Es schreitet aber voran, und wenn es uns die finanzielle Ausstattung erlaubt, werden wir da weiter voranschreiten und diesen Weg in Richtung 2030 gehen.

Last but not least – Sie haben nach Tegel gefragt und was da passieren muss: Tegel ist wirklich ein totaler Zukunftsort, oder zumindest kann man einen daraus machen, wenn man ihn jetzt entwickelt. Wir hatten im Zuge der Entwicklung des Standorts mit der Tegel Projektgesellschaft auch ein umfassendes Konzept vorgelegt, wie eine zukunftsorientierte Entsorgung inklusive Re-Use und allen möglichen Dingen aussehen, wie wir auch zusätzliche Logistikleistungen für ein autofreies Quartier für die Ver- und Entsorgung erbringen könnten. Dazu gibt es viele Ideen. Es gibt aber auch Hürden. Unser Modell sah beispielsweise vor, dass wir in diesem Quartier auch einen modernen Recyclinghof installieren. Da muss man feststellen, dass die Leute immer gerne einen Recyclinghof vor der Haustür haben möchten, wenn sie etwas loswerden wollen, aber wenn sie nichts loswerden wollen, dann möchten sie ihn nicht da haben. Insofern ist es schwierig, solche Elemente in solchen Quartieren zu installieren. Darüber sollte man vielleicht noch einmal reden.

Zweites Thema da drin ist, dass unser Konzept vorsieht, mit intelligenten, mit smarten Unterflurbehältern zu agieren, damit du die Logistik zusammenführen kannst und nicht kleine Behälter an 1 000 Standorten ziehen musst. Das setzt aber voraus, dass man sich damit auseinandersetzt, dass man ein Stück weit das öffentliche Straßenland dafür nutzen kann. Das ist rechtlich schwierig, und es gibt auch bei Flächen Konkurrenzen, die für andere Dinge gebraucht werden. Da müssen wir darüber reden, wie viel Zukunft wir in so ein Quartier tatsächlich reinpacken wollen, was wir ermöglichen können und was eben nicht geht. Da würde ich mir wünschen, dass wir das gemeinsam schaffen.

Dazu noch ein letzter Satz: Sie hatten gefragt, was wir von der Zusammenarbeit mit der Verwaltung erwarten. Da würde ich sagen, den Prozess, den wir dieses Jahr gestartet haben, einfach fortzusetzen. Es gab einen gemeinsamen Workshop, wo wir mit den beteiligten Senatsverwaltungen schauen, was die gemeinsamen Ziele sind, die wir haben, was wir wirklich auf die Überholspur setzen. Wenn wir das fortsetzen, bin ich guter Hoffnung. Wenn ich jetzt höre, dass sich so etwas wie die Zero-Waste-Agentur im Haushalt wiederfindet, dann haben wir eigentlich einen guten Prozess gestartet, um aus einer gemeinsamen Überlegung, wie man das weiterentwickeln möchte, das in die entsprechenden Kanäle zu geben, damit es dann auch passiert. Ich würde mir wünschen, diesen Prozess fortzusetzen. – Danke schön!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke schön, Herr Thürmer! – Für den Senat hat Frau Dr. Karcher das Wort. – Bitte!

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK): Vielen Dank! – Zu den Fragen der Finanzierung: Der Schwerpunkt wird weiter bei den EFRE-Mitteln liegen, was der größte Batzen ist, auf den wir in Berlin zurückgreifen können. Was wir tun wollen, ist, bei den kleineren Programmen zu schauen, ob wir da schon alles abgegrast haben, ob da noch zusätzliche Programme kommen, gemeinsam mit Herrn Dr. Löwe in Brüssel die Entwicklungen beobachten und aufnehmen, ob es neue Töpfe gibt, auf die wir dann zugreifen können. Der Abfluss ist in dem Bereich der EFRE-Mittel sehr gut. Wir konnten mehr oder weniger 100 Prozent dessen, was wir nutzen können, in den vergangenen Jahren haben abfließen lassen und sind auch gut aufgestellt, die jetzt noch höheren Mitteln in den kommenden Jahren abfließen zu lassen. Dazu würde ich Frau Schultz-Hüskes nachher noch einmal kurz das Wort geben.

Zur Zero-Waste-Agentur: Wir freuen uns natürlich sehr, dass wir da schneller rangehen können. Wir hatten damit gerechnet, dass wir das ein bisschen nach hinten schieben müssen, aber sind schon in Gesprächen mit der BSR, wie wir das aufsetzen werden. Wir haben noch keinen genauen Zeitplan. – Wenn Sie dazu noch etwas ergänzen wollen, können Sie das auch noch tun, Frau Schultz-Hüskes.

Dann gab es noch die Frage zum Ausbau des öffentlichen Sektors im European Green Deal. Dazu äußert sich der European Green Deal nicht spezifisch. Es bleibt den Mitgliedsstaaten überlassen, in welchen Bereichen die Länderprogramme bei bestimmten Mitteln eingesetzt werden.

Zur Frage der Taxonomie: Es gibt keine spezifische Positionierung des Berliner Senats zur Taxonomie, weil wir da nicht direkt gefragt sind. Die deutsche Position – es gab auch noch keine Abstimmung im Kreis der Mitgliedstaaten – ist aber eine klare Ablehnung. Es ist wirklich bedauerlich. Wir hatten alle gehofft, dass man damit ein Instrument hat, um auch in Deutschland nachhaltige Anlagemöglichkeiten kennzeichnen und bewerben zu können, aber in Deutschland wird eine Taxonomie, die sagt, dass Atomenergie nachhaltig ist, nicht funktionieren. Unabhängig davon, ob man das gut oder nicht gut findet, ist das Instrument in Deutschland völlig tot. Außer dass ich es für völlig verkehrt halte, die Atomenergie da aufzunehmen, kommt noch hinzu, dass das Instrument in einem großen Mitgliedsstaat überhaupt nicht funktioniert. Von daher halte ich das für einen fast schon wirklich tragischen Irrweg, den die EU-Kommission und die französische Präsidentschaft, die das auch stark gepusht hat, eingeschlagen haben. – Jetzt würde ich kurz an meine Kolleginnen Frau Schultz-Hüskes und Frau Bartsch, wenn sie noch etwas zu ergänzen haben, übergeben.

Sybille Schultz-Hüskes (SenUMVK): Vielen Dank, Frau Dr. Karcher! – Ich kann kurz zur Förderung und Finanzierung die frohe Botschaft nennen: Am 1. Juli ist das operationelle Programm des EFRE – EFRE-OP – für Berlin genehmigt worden und damit auch unser Nachfolgeprogramm BENE II; da sind wir sehr froh. Das heißt, wir können dieses Jahr starten, wir haben wesentlich mehr Mittel – das hat Herr Dr. Löwe schon ausgeführt –, und wir freuen uns sehr, dass wir diesen Weg weitergehen können.

Letztendlich haben wir schon in der letzten Förderperiode hart gekämpft, dass wir das so weiterführen dürfen. Man darf nicht vergessen, in der letzten Förderperiode ging die Diskussion noch so, gar keine öffentliche Förderung mehr in diesem Bereich und alles über Unternehmensförderung abzuwickeln. Das Blatt hat sich glücklicherweise jetzt gewendet, und es wird gesehen, dass wir da dringend tätig werden müssen. Wir werden weiter im Bereich energetische Sanierung tätig werden, Grünflächen weiterentwickeln, Speichertechnologien fördern, das ganze Portfolio. Im Grunde können wir, das, was wir jetzt hatten, fortschreiben und sogar noch etwas erweitern. Da freuen wir uns tatsächlich über Anträge aus allen Bereichen. Dafür kann ich nur werben.

Ich sage allerdings auch, die EFRE-Förderung ist immer eine Herausforderung. Sie ist kompliziert, sie ist aufwendig. Wir haben mittlerweile Erfahrungen gemacht und versuchen, Antragssteller so gut wie möglich zu unterstützen, aber es ist dennoch etwas Spezielles, was manchmal die Erwartung nicht erfüllen kann, dass dadurch in der Masse ganz viele kleine Einzelprojekte gefördert werden, sondern das Ziel ist eher, dass man sich spezielle größere Vorhaben vornimmt.

Ganz kurz zum öffentlichen Sektor: Gerade auf das BENE-Programm möchte ich verweisen, weil wir da viel öffentliche Infrastruktur fördern. Das ist eigentlich immer unser Ziel, dass wir Schulen, Museen, Kulturbauten, öffentliche Parks usw. fördern. Insofern fließen da europäische Mittel in die Richtung.

Die Akquise von Fördermittel: Das ist ein Thema, was uns schon lange umtreibt und wo wir, glaube ich, besser werden müssen. Da freuen wir uns sehr, dass diese Unterstützung kommt, dass weiteres Personal zur Verfügung steht. Wir stellen immer mehr fest, dass – es wird immer vom Förderdschungel gesprochen, das will ich gar nicht sagen – man tatsächlich Antragsteller an die Hand nehmen und unterstützen muss, um weitere Mittel erschließen zu können.

Kurz zur Zero-Waste-Agentur: Genau, wir haben uns auch sehr gefreut, dass die Mittel zur Verfügung gestellt wurden. Wir haben zwischenzeitlich mit der BSR einen Plan B entwickelt, Herr Thürmer hat es gesagt. Wir haben im Moment noch diese Studie, die erstellt wird, damit das Aufgabenportfolio mal richtig festgezurt und geklärt wird, wie wir das finanzieren können. Das ist auch eine interessante Frage, welches Modell wir da wählen. Orientieren wir uns an der Regenwasseragentur oder machen wir ein anderes Modell? Das müssen wir noch klären. Die Studie wird bis Ende des Jahres ein Ergebnis haben, und dann können wir schon eher starten. Wir hatten, wie schon Frau Dr. Karcher sagte, sonst schon die Überlegung, das etwas zu strecken. Die BSR hat gesagt, sie könne etwas in Vorleistung gehen. Wir sind sehr froh, dass wir da andere Möglichkeiten haben und da gemeinsam weitergehen können. Es ist aber so, dass durch dieses Hin und Her unser Zeitplan noch nicht ganz ausgereift ist. Da werden wir uns zusammensetzen und weiter daran arbeiten. – Danke schön!

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK): Herr Dr. Löwe, bitte!

Dr. Volker Löwe (Büro des Landes Berlin bei der EU in Brüssel) [zugeschaltet]: Sehr gerne, vielen Dank! – Ich würde gerne die Fragen von Herrn Freymark und Herrn Lux zusammenfassen. Die erste Frage ist geradezu eine Steilvorlage, herzlichen Dank! Was kann das Abgeordnetenhaus machen? – Kleiner Werbeblock aus Sicht der Landesvertretung in Brüssel: Wir verstehen uns auch als Dienstleister für das Abgeordnetenhaus in Berlin. Insofern ist meine herzliche und dringende Bitte: Kommen Sie im Laufe dieser Legislaturperiode nach Brüssel! Es ist leider sehr lange her, dass ein Ausschuss aus dem Abgeordnetenhaus in Brüssel war. Ich denke, dass gerade der Green Deal Ihnen eine Fülle an Themen bietet, über die Sie sich vor Ort in Brüssel aus erster Hand informieren und beraten sollten. Wir stehen da gerne bereit, in Absprache mit Ihnen ein interessantes mehrtägiges Gesprächsprogramm zu organisieren. Unterschätzen Sie bitte nicht die Offenheit der europäischen Institutionen auch in einen Dialog mit den regionalen Parlamenten zu treten. Ich sage mal, Sie als Regionalparlament der Hauptstadt der größten Volkswirtschaft in der EU haben da durchaus auch etwas zu sagen und werden in Brüssel Gehör finden.

Zur Frage Repräsentation der Mittel versus Impact: Da will ich in Erinnerung rufen, dass der Green Deal ungefähr 75 Einzeldossiers umfasst. Die werden noch mehr. Ich habe vorhin erwähnt, dass noch weitere Kommissionsvorschläge im Laufe des Jahres erfolgen werden. Daran ist erkennbar, dass die Kommission versucht hat, auch die letzten Lücken in diesem Nachhaltigkeitsprozess zu schließen. Zwei gute Beispiele, die das deutlich machen, sind die Ausweitung des Emissionshandelssystems auf Gebäude und Verkehr und der Vorschlag be-

züglich der Landnutzung in Forst- und Landwirtschaft. Beides sind Bereiche, wo ein erhebliches Einsparpotenzial gesehen wird. Denken Sie bitte auch dran, dass jeder legislative Kommissionsvorschlag immer auf einem Impact-Assessment fußt, auf einer umfangreichen Folgenabschätzung, sodass auch in diesen Fällen attestiert wurde, dass hier ein legislatives Handeln auf der EU-Ebene Sinn ergibt und den nötigen Impact erzeugt.

Im Umkehrschluss heißt das nicht – jetzt komme ich wieder zu den Fördermitteln –, dass die Kommission gesagt hat: Hier und dort und da Feuer frei! Dort sollen alle Mittel reingepumpt werden. – Nein, so ist es nicht. Ich hatte vorhin kurz angerissen, wie vielfältig die Finanzierungsmöglichkeiten in und um den Green Deal sind. In dem Zusammenhang ist wichtig zu wissen, dass die Kommission in diesem Prozess Steuerungsmöglichkeiten hat. Frau Schultz-Hüskes hat gerade skizziert, wo im Berliner EFRE-OP die Mittel eingesetzt werden. Dieses Berliner EFRE-OP, das gerade genehmigt wurde, ist Ergebnis eines Aushandlungsprozesses zwischen der Europäischen Kommission und dem Land Berlin. Genauso wird auch in anderen Ländern und Regionen verfahren.

Eine weitere Steuerungsmöglichkeit der Kommission besteht im Rahmen des europäischen Semesters. Das ist das Verfahren der wirtschaftspolitischen Koordinierung, dessen Kernelement jeweils die im Frühjahr veröffentlichten länderspezifischen Empfehlungen sind, die sich auch auf das Thema der Nachhaltigkeit richten. Nicht zuletzt gibt es die nationalen Energiepläne, die als Bestandteil des Wiederaufbauprogramms zu sehen sind, wo die Mitgliedsstaaten im Detail begründen müssen, wo sie welche Mittel im Sinne von Energie- und Klimaschutzpolitik einzusetzen gedenken. Das ist auch ein Dialog und ein Verhandlungsprozess zwischen dem jeweiligen Mitgliedsstaat und der Europäischen Kommission. Es gibt Steuerungsmöglichkeiten, die die Kommission weitgehend nutzt.

Was die Förderlandschaft und die Beratungsstrukturen im Land Berlin angeht, sind wir, denke ich, nicht so schlecht aufgestellt. Die IBB ist eine sehr langjährig erfahrene Förderbank mit hervorragenden Beratungsmöglichkeiten. Ich will auch das Enterprise Europe Netzwerk erwähnen, das bei Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie angesiedelt ist und eine sehr profunde Einzelberatung für Unternehmen zur Verfügung stellt, die im einen oder anderen europäischen Förderprogramm tätig werden wollen.

Last but not least, das habe ich auch kurz angerissen. Im Bereich der Forschung braucht sich das Land Berlin und die Einrichtungen im Land Berlin überhaupt nicht verstecken. Dort ist eine hervorragende Expertise in der Akquise von Forschungsmitteln aus dem Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa vorhanden. – So weit zu den Fragen, die an mich gestellt wurden. Herzlichen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Dr. Löwe! – Ich möchte Sie darüber informieren, dass Ihnen die Präsentation von Herrn Thürmer zugesandt wird. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das sehe ich nicht. Dann bedanke ich mich im Namen des Ausschusses bei unseren Anzuhörenden und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Senatsverwaltung für die Teilnahme. Sie sind hiermit entlassen. Wenn Sie wollen, können Sie unserer Ausschusssitzung weiterhin beiwohnen. – Ich würde vorschlagen, den Tagesordnungspunkt 3 für heute zu vertagen, wie es Usus ist, bis das Wortprotokoll vorliegt und die Anhörung ausgewertet werden kann. Besteht damit Einvernehmen? – Ich sehe Kopfnicken, dann verfahren wir so.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Der Umweltgerechtigkeitsatlas für Berlin –
veränderte Planungsgebiete und Beteiligung**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0023](#)
UVK

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 19/0098
Hunde–unbürokratischer–halten–Gesetz

[0027](#)
UVK

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.